

Volkswacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beilage exemplar kostet 10 Pfg. Sprachstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 94.

Danzig, den 19. November 1913.

4. Jahrgang.

Angst vor der Wahrheit.

Ein Spiel des Herrn Bethmann.

Mit erfreulicher Deutlichkeit hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Regierung zu verstehen gegeben, daß sie sich nicht als Spielzeug der für die herrschenden Klassen amtierenden Personen machen läßt. Die Gründe für die Ablehnung des Genossen Liebknecht als Mitglied der Rüstungskommission weiß man im Volke richtig zu würdigen: es ist die Angst davor, daß bei der Untersuchung des Wesens der Rüstungslieferanten mehr herauskommen kann, als der Firma Krupp und der mit ihr verbundenen kapitalistischen Clique angenehm wäre! Mit Recht wird man sich fragen: wie kommt ein Mann wie der Rittergutsbesitzer v. Röhrlch dazu, den Sachverständigen zu spielen, der es so gut versteht, die Mittel der Allgemeinheit für sich in Anspruch zu nehmen? Warum lehnt man dagegen den Sozialdemokraten Liebknecht ab, der aus idealen Gründen die Kruppische Angelegenheit in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht und damit nur seine Pflicht als Abgeordneter erfüllt hat? Es ist die bunte Angst, in aller Heimlichkeit soll die Kommission verhandeln, der gute Bürgermann soll ja nichts von den Geheimnissen der Rüstungsindustrie erfahren, damit er sich am Ende nicht Gedanken darüber macht, wem das wahnsinnige Betrüben zugute kommt!

Im Berliner Lokalanzeiger hat der frühere Oberbürgermeister von Posen, Herr Wittling, eingestanden, daß bisher schon zu viel an die Öffentlichkeit gedrungen sei. Er sagt ganz unverblümt, daß der Prozeß Krupp überhaupt nicht hätte geführt werden dürfen: „Jeder Urteilsfähige sah alsbald, daß ein hochpolitischer Fall sich entwickeln wollte. Deshalb war es Pflicht der obersten politischen Behörden, des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten, sich der Sache sofort energisch anzunehmen. So behandelt man außerhalb Deutschlands überall in der Welt derartige Dinge. Die ersten juristischen und technischen Autoritäten des Landes hätten in größter Schnelligkeit und Heimlichkeit den Stoff prüfen und alsdann dem Staatsministerium berichten müssen. Die Prüfung hätte ohne weiteres ergeben, daß eine strafbare Haftung der Kruppdirektoren ausgeschlossen sei, höchstens entschuldbare Fahrlässigkeit vorliege. Selbst bei Brandt ist die Frage, ob er sich der Bestechung im Sinne des Strafgesetzes schuldig gemacht habe, immer noch, trotz des erstinstanzlichen Richterpruches, höchst zweifelhaft. In solchem Zweifelsfalle aber, wo es sich nur um juristische Auslegung handelt, dürfte gegen die Leiter von Krupp strafrechtlich nicht vorgegangen werden. Die einfachste Rücksicht auf das Staatswohl mußte ein derartiges Experiment verbieten.“ Herr Wittling, der zu den staatsverhaltenden Personen gehört, fordert also, daß die mittelalterliche Kabinettsjustiz wieder eingeführt werde, wenn die Gefahr besteht, daß hochstehende Personen bloßgestellt werden können. Dieses Rezept will Herr Bethmann jetzt für die Verhandlungen der Rüstungskommission anwenden. Er will sich die Personen herausuchen, bei denen er Willfährigkeit erwartet, und da paßt es ihm nicht, wenn die Sozialdemokratie Leute entsendet, die die Interessen des werktätigen Volkes und nicht einer Handvoll Kapitalisten vertreten sollen. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Strich durch die schlaue Bethmannsche Rechnung gemacht, indem sie erklärte, daß sie sich nunmehr gar nicht an den Verhandlungen der Rüstungskommission beteilige.

Vielleicht kommt den einsichtigen Elementen des Bürgertums die Erkenntnis, daß die Regierung mit der Ausschließung Liebknechts eine der bei ihr nicht seltenen Dummheiten begangen hat. Die liberale Vossische Zeitung schreibt bereits, daß der Eindruck, den die Regierung mit der Ausschließung Liebknechts erwecke, keineswegs günstig sei, insbesondere nicht, solange man die Gründe nicht kenne, die die Regierung dazu veranlaßt habe. Das Blatt fährt dann fort: „Solange diese Gründe nicht öffentlich angegeben werden, bleibt es bedauerlich, daß vielfach der Eindruck entliehen wird, als scheue man die Vernehmung und Mitwirkung des Mannes, der die ersten „Kornwalzer“ dem Kriegsminister übermittelt und die ersten Enthüllungen im Reichstage gemacht hat. Sachlich wird mit der Ausschließung von den Verhandlungen nichts erreicht. Denn alles, was Herr Liebknecht etwa an Material besitzt und noch nicht verwertet hat, kann von anderen Mitgliedern der Kommission vorgebracht oder von Herrn Liebknecht selbst im Plenum des Reichstages nachgetragen werden. Volkends im Auslande wird man nicht verstehen, wie gerade derjenige Abgeordnete der Kommission fernbleiben soll, der den Anstoß zur Einsetzung der Kommission gegeben hat. Also liegt es im Interesse der Regierung selbst, die Erwägungen, die zu ihrer Ablehnung des Herrn Liebknecht führten, öffentlich und rückhaltlos darzulegen.“

Der einzige Grund, den die Regierung bisher angegeben hat, ist der, daß Liebknecht in der Rolle des Anklägers der Firma Krupp tätig gewesen und deshalb nicht in der Kommission als Richter fungieren könne. Die Regierung hat aber noch mit keinem Wort darüber Aufklärung gegeben, weshalb sie dann den Abgeordneten Erzberger in die Kommission berufen hat, der lange Zeit hindurch dem Krupp-Monopol in ziemlich scharfer Weise zu Leibe gegangen ist, und der vor allen Dingen festgestellt hat, daß die Firma Krupp ihre Panzerplatten an Amerika ganz erheblich billiger verkaufe, als an das Deutsche Reich. Man gewinnt in der Tat den Eindruck, als ob man Liebknecht nur ferngehalten hätte, um der Firma Krupp dadurch eine Gefälligkeit zu erweisen, und als ob man geglaubt hat, damit die Öffentlichkeit hintergehen zu können.

Wir lassen nicht mit uns spielen!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Sitzung vom 13. November mit der Befragung der Rüstungskommission befaßt und beschlossen, von jeder Teilnahme an dieser Kommission abzusehen. Der Fraktionsvorstand hat in Ausführung

dieses Beschlusses das folgende Schreiben an den Staatssekretär Dr. Delbrück gerichtet:

Berlin, den 13. November 1913.

An den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern,
Ezzellenz Dr. Delbrück,

Berlin W 8, Wilhelmstraße 74.

Ew. Ezzellenz erwidere ich auf das Schreiben vom 8. November 1913 ergebenst, daß die Fraktion der Sozialdemokratie des Reichstages es nunmehr ablehnt, überhaupt ein Mitglied in die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen zu entsenden, da der Herr Reichskanzler entgegen der Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Innern in der Sitzung vom 23. April 1913, daß die Wünsche der Parteien bei Besetzung der Kommission Berücksichtigung finden sollen, es abgelehnt hat, den einen der beiden von der Fraktion der Sozialdemokratie in Vorschlag gebrachten Reichstagsabgeordneten in die Kommission zu berufen.

Unsere Fraktion ist der Ansicht, daß diese Ablehnung des vorgeschlagenen Mitgliedes durch den Herrn Reichskanzler auf eine Verletzung eines bisher vom Reichstage gelübten Rechtes hinauskommt.

In vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand

der Fraktion der Sozialdemokratie:
J. A. H. Wollenbuhr.

Gleichzeitig hat der Abgeordnete Noste, der bereits in die Kommission berufen war, sich wie folgt, erklärt:

Berlin, den 13. November 1913.

An den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern,
Dr. Delbrück,

Berlin.

Ew. Ezzellenz habe ich schriftlich meine Bereitwilligkeit mitgeteilt, an den Verhandlungen der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen teilzunehmen. Das geschah unter der Voraussetzung, daß in der Kommission die Vertretung der Fraktionen des Reichstages entsprechend ihrer Erklärung in der Sitzung des Reichstages vom 23. April 1913 ermöglicht werden würde. Ew. Ezzellenz hatten damals die Zusicherung gegeben, daß die Wünsche der Parteien Berücksichtigung finden sollen. Erst nachdem ich Ew. Ezzellenz meinen Eintritt in die Kommission mitgeteilt hatte, ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß die Regierung es ablehnt, neben mir den von der sozialdemokratischen Fraktion als Kommissionsmitglied vorgeschlagenen Herrn Dr. Liebknecht einzuberufen. Aus diesem Grunde erkläre ich, daß mir nunmehr die Teilnahme an den Verhandlungen nicht mehr möglich ist, da die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, in Uebereinstimmung mit mir, in der Ablehnung ihres Vorschlags eine Brüstierung und die Verletzung eines Rechtes des Reichstages erblickt.

Hochachtungsvoll!

G. Noste.

Die Fraktion hat ferner die Einbringung einer Interpellation in dieser Angelegenheit beschlossen und die Genossen Ledebour und Noste als Redner hierzu bestimmt.

Politische Übersicht.

Die Sklaverei in Deutsch-Ostafrika.

In der kolonialen Rundschau stellt Dr. Karstedt fest, daß die Zahl der Sklaven in Ostafrika zunimmt.

Als in den neunziger Jahren in Deutschland die Agitation für die Kolonialpolitik einsetzte, wiesen viele Kolonialschwärmer auf die Pflicht des christlichen Deutschland hin, zur Ausrottung der Sklaverei beizutragen. Um den „Schandfleck der Menschheit“ zu entfernen, müsse Deutschland Kolonien erwerben. Die von Karl Peters gegründete Ostafrikanische Gesellschaft besetzte, mit allen Hoheitsrechten ausgerüstet, einen Teil des heutigen Deutsch-Ostafrika. Die Erhebung von Zöllen an der Küste, wie von ihr angewandte andere Maßregeln führten zum Zustand im Jahre 1888, dessen Hauptträger die Araber waren. Da diese gleichzeitig Sklavenbesitzer waren, konnte Bismarck von neuem die Sklavenbefreiungsthemel rühren. In der Thronrede vom 22. November 1888 erklärte er als Aufgabe Deutschlands, „den afrikanischen Weltteil für die christliche Besittung zu gewinnen“. Nicht zum geringsten Teile war es wohl diese christliche Besittung, die dem bis dahin kolonialfeindlichen Zentrum die Kolonialpolitik annehmbar machte. In Verantwortung der Thronrede nahm der Reichstag am 14. Dezember 1888 den Antrag des Zentrumsführers Windthorst an, in dem es unter anderem hieß: „Der Reichstag spricht auch seinerseits die Ueberzeugung aus, daß, um Afrika für die christliche Besittung zu gewinnen, zunächst die Befämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden notwendig sein wird.“ Die Folgen dieses Reichstagsbeschlusses waren so unwägend, daß im Jahre 1901 der Reichstag in einer Resolution die Frage aufwarf, wie die Sklaverei am besten zu humanisieren sei? Nicht ihre Aufhebung stand auf der Tagesordnung, sondern ihre „Humanisierung“. Die Verordnung vom 29. November 1901 erlaubte schließlich jedem Sklaven, sich gegen eine von der Regierung bestimmte Summe loszukaufen. Endlich kam im Jahre 1904 die heroische Tat: eine kaiser-

liche Verordnung verfügte, daß alle nach dem 31. Dezember 1905 geborenen Kinder der ostafrikanischen Sclaven frei werden sollten. Auf diese Weise soll die Sklaverei nach einem Menschenalter verschwinden, ohne daß die Sklavenbesitzer Schaden erlitten haben.

Bei alledem existieren gegenwärtig in Deutsch-Ostafrika zirka 100 000 Sklaven. Sie befinden sich im Besitz der arabischen Händler und auch vieler vermögenden Eingeborenen. Ihre Lage hängt sehr ab von der ihrer Herren. Manchmal ist sie besser als die der Eingeborenen, ohne daß die „Patriarchen“ aber befreien die Sklaven, wenn sie alt und arbeitsunfähig sind, denn sonst müßten sie nach dem Koran für ihren Unterhalt sorgen. Größtenteils ist die Lage der Sklaven außerordentlich traurig. Ihre Besitzer lassen sie bei den Europäern arbeiten und faden ihren Lohn ein. Der Kuriosität halber möge aus der interessanten Arbeit Dr. F. O. Karstedts „Beiträge zur Praxis der Eingeborenenrechtsprechung in Deutsch-Ostafrika“ (Daresalam 1913) folgendes zitiert werden: „Nicht unerwähnt möchte ich die nicht des Humors entbehrenden Käufe von kräftigen, jungen Männern durch ältere Liebhaber weiblichen Geschlechts lassen, die namentlich im Verbreitungsgebiet der Mangema häufig sind. Für elne männliche Hawara werden meistens der hysterischen Mangemaweiber entsprechend der Jugend und Kraft der Kaufobjekte wahre Luxuspreise gezahlt“ (l. c. S. 106). Ueber die Lage dieser Sklaven wissen wir nicht viel zu melden. Ihre Leiden nehmen nach Versicherung unserer Quelle ein Ende, wenn die Besitzerin mit einem Kinde beschenkt wird.

Die Folge der Verordnung vom Jahre 1904 war, daß die Preise der Sklaven zu fallen anfangen, da keine Aussicht mehr bestand auf das Aufrechterhalten des ganzen Systems. In derselben Richtung wirkte die immer mehr fortschreitende Erschließung Deutsch-Ostafrikas. Während früher ein entlaufener Sklave bei den wenig entwickelten Stämmen keine Unterkunft finden konnte, weil sie keine Fremden zuließen oder, wo die Produktivität der Arbeit schon so hoch stand, daß sie Sklavenarbeit brauchen konnten, nur vom Regen unter die Traufe kam, kann er jetzt beim Eisenbahnbau und auf den Plantagen Arbeit finden zu besseren Bedingungen als beim Sklavenhalter. Da die Kontrolle seitens der Regierung sehr schwach entwickelt ist, kann ihn sein Herr nicht leicht erwischen. Angehts dieser Tatsachen nimmt die Zahl der Freikäufe zu: im Jahre 1911 kauften sich 3720 Sklaven frei und ihre Herren waren froh, daß sie ihnen nicht ohne weiteres davongelaufen sind. Aber gleichzeitig wird eine neue Erscheinung konstatiert. Viele Sklavenhändler suchen die ihnen gebliebene Frist auszunutzen und aus ihrem Beruf vor Torverschluß noch möglichst viel herauszuholen. So berichtet der genannte Dr. Karstedt in der letzten Nummer der *Kolonialen Rundschau* folgendes:

„Gerade die große Masse der Sklaven am Tanganjikassee, die aus dem wenig entwickelten Uha und Urundi stammen, ist geistig so stumpf, daß sie dem Schicksal ruhig seinen Lauf läßt, wenn ein gereiferer Mangema einen von ihnen als Sklaven eines verstorbenen Verwandten vielleicht mit Unrecht für sich reklamiert. Nicht umsonst kommen in höher entwickelten Bezirken, wie Daresalam, alljährlich 80 bis 100 Herrenrechtsübertragungen zur Registrierung, während sich in Ujiji in jeder Gerichtsverhandlung die Uebertragungsanträge derart häufen, daß ihre jährliche Anzahl die eben genannte Zahl um das fünf- bis zehnfache übersteigt.“

Mit anderen Worten: die Sklavenhändler vergrößern die Zahl der Sklaven, indem sie die Tatsache ausnützen, daß die deutsche Regierung keine Sklavenregister führt. Sie setzen ruhig ihre Sklavenjagden fort unter dem Regime der christlichen deutschen Regierung.

Seit Ende des 18. Jahrhunderts verbreitete sich unter dem fortgeschrittenen Elementen der Bourgeoisie die Ueberzeugung von der Einbehrlichkeit der Sklaverei. Nachdem die bürgerliche Nationalökonomie zu der Einsicht kam, daß die Arbeit des „freien“ aber keine Produktionsmittel besitzenden Mannes den ausgiebigsten Ausbeutungsgegenstand darstellt, fanden sich auch bürgerliche Ethiker, die bewiesen, daß die Sklaverei schändlich sei. Seit der im Jahre 1786 veröffentlichten Reissarbeit Clarissons über die Sklaverei und der in England erfolgten Gründung des Vereins zur Beseitigung des Sklavenhandels durch Wilberforce dauert der Kampf gegen sie. Im Jahre 1825 beschloß das englische Unterhaus die Anwendung der Todesstrafe und der Vermögenskonfiskation für Sklavenhandel, das revolutionäre Parlament Frankreichs verbot die Sklaverei am 3. Mai 1848. Gleichwohl gab es im Jahre 1860 noch 10 Millionen Sklaven: 4 1/2 Millionen in den Vereinigten Staaten, 200 000 in Brasilien, 1 470 000 in den spanischen Kolonien, 1 300 000 in Südamerika, 200 000 in den englischen, 275 000 in den französischen Kolonien. So hartnäckig war der Widerstand der Sklavenbesitzer, die zur Verteidigung der Sklaverei zu den Waffen griffen und das nicht nur in den Vereinigten Staaten Amerikas. Eine Milliarde nach kostete England der Kampf gegen die Sklaverei, wovon vierhundert Millionen die den frommen Christen bezahlte Entschädigung waren. Das katholische Spanien und Portugal lieh sich für den Verzicht auf die Sklaverei gleichfalls bezahlen.

Die deutsche Regierung begann ihren Kampf gegen die Sklaverei auf Grund eines Jahrhunderts von Erfahrungen. Die Lehre, die sie aus ihnen zog, ist sehr charakteristisch. Die „erworbenen Rechte“ der Sklavenbesitzer sind zu respektieren. Aber auch an den Verkauf der Sklaven ist nicht zu denken, denn das Geld kann man doch besser zu kolonialen Kriegen gebrauchen. Und als sie sich schließlich zu der schmerzlosesten Art der Abschaffung der Sklaverei aufraffte, zur Befreiung der Sklaven Kinder, da war die deutsche Regierung noch so voller Ehrfurcht vor den „erworbenen Rechten“ der Sklavenbesitzer, wie jemals vor der Sklaverei überhaupt, so daß sie es selbst heute nicht wagt, den Sklavenhändlern das Handwert zu legen. Und das, obwohl es doch klar ist, daß wenn die Aufhebung der Sklaverei einmal prinzipiell beschlossen, es ein Anfang ist, wenn einstweilen die Zahl der Sklaven noch erhöht wird. Schon gar nicht davon gesprochen, daß das auf illegalem Wege geschieht.

So arbeitet das Deutsche Reich, um den afrikanischen Weltteil für die „christliche Besittung“ zu gewinnen, wie es so schön in der Thronrede vom 22. November 1888 hieß.

Deutschland.

Russisches Pferdefleisch in Deutschland?

Der Deutschen Orientkorrespondenz wird aus Petersburg geschrieben:

„Durch die russische Presse geht eine Mitteilung über den Verkauf von Pferdefleisch nach Deutschland, die, falls sie zutreffend ist, in Deutschland Beachtung verdient. Es wird mitgeteilt, daß in Jh. Gewiss ein Händler jetzt, der Pferdefleisch aufkauft. Zu diesem Zweck wurden bisher alle alten Pferde, die keine weiteren Verwendungsmöglichkeiten boten, auf den dortigen Markt gebracht. Das Fleisch der geschlachteten Tiere wurde anfangs vergraben. Später fand es Verwendung als Hundefutter, und neuerdings fand es einen Absatz bei den Fischhändlern, die es als Nahrung für ihre Fische benutzten. In diesem Herbst nun hat die Fleischausfuhr nach Deutschland die Verwendung des Pferdefleisches in neue Bahnen gelenkt. Es wird versichert, daß der Händler mit deutschen Geschäftleuten Kontrakte abgeschlossen hat, nach denen er verpflichtet ist, im Laufe des Winters mehrere tausend Pferde für die Ausfuhr nach Deutschland zu schlachten. Die Schlachtung wird in Dorpat und Rewal in den Schlachthäusern vorgenommen, das Fleisch wird dann in Tonnen verpackt, eingefahren und nach Deutschland verschickt. Das Geschäft soll für den Händler außerordentlich lohnend sein, so daß er jetzt überall auf den Märkten alte Pferde aufkauft.“

Die Geschichte muß deshalb allerorts Zweifel erregen, weil die Einfuhr von Fleisch aus Rußland grundsätzlich verboten ist und die bis zum 31. März 1914 zugestandenen Ausnahmen sich auch nur auf frisches Rind- und Schweinefleisch erstrecken. Auf jeden Fall aber wäre eine Nachprüfung der Mitteilung der russischen Presse am Rufe.

Ein Ratschrei der Postboten.

Der Staat bezahlt seine Arbeiter unter den ortsüblichen Tagelöhnen.

Wie schlecht die Postboten leitens der Kaiserlichen Post bezahlt werden, erfährt man wieder einmal anlässlich einer Versammlung, die leitens der Ortsgruppe Darmstadt des Verbandes der unteren Telegraphen- und Postbeamten arrangiert worden war. In dieser Versammlung schloß man sich zunächst mit der Frage des Tagelohnes der Postbeamten in Darmstadt, der weit hinter dem der anderen bestbesetzten Städte zurückbleibt. Daß das unter den unteren Postbeamten eine große Erregung auslöst, ist wohl selbstverständlich, um so mehr, als die Postboten auch bei der letzten Gehaltsaufbesserung, die durch den Reichstag beschlossen worden ist, nicht in der Weise berücksichtigt worden sind, wie sie das verdienen. Man kann es dem Vorsitzenden aufs Wort glauben, wenn er ausführt, daß die Lebensverhältnisse in Darmstadt teurer seien als in Mainz, Offenbach und Gießen, und kein Mensch wird dagegen etwas einzuwenden haben, wenn die Postboten verlangen, daß man auch ihnen wenigstens 3,20 Mark Tagelohn gibt. So wurde dort u. a. ausgeführt, daß der ortsübliche Tagelohn für Darmstadt 3,60 Mark, Offenbach 3,80 Mark, Gießen 3,10 Mark und für Mainz 3,50 Mark betrage. Die Postboten in Gießen, Offenbach, Mainz erhalten ein Tagelohn von 3,20 Mark, während Darmstadt mit 3 Mark noch um 20 Pfennig zurückbleibt. Redner besprach ferner die hohen Ausgaben für die Wohnungs- und Lebensbedürfnisse, die in Darmstadt noch fortgesetzt steigen. Bereits am 1. April hätten die Postboten auf eine Zulage von 20 Pfennig vergeblich gewartet und auch bei der am 1. Oktober dieses Jahres erfolgten zehnprozentigen Gehaltserhöhung sei hierin nichts geschehen. Aus der Mitte der Versammlung wurde lebhaft über die teure Lebenshaltung in Darmstadt geklagt, die

einen lässigen Ausfall von 20 Pfennig schwer fühlbar mache. Nach längerer Besprechung beschloß die Versammlung, bei der Ober-Postdirektion mündlich vorstellig zu werden, in der Hoffnung, einen Erfolg zu erzielen. Einen weiteren Punkt der Besprechung bildete das Wohnungsgeld der unteren Postbeamten, das für Darmstadt auf 290 Mark, für Mainz auf 380 Mark festgesetzt ist. Der Vorsitzende betonte zunächst die teuren Wohnungsverhältnisse in Darmstadt, die für Mainz und Offenbach viel billiger seien. Bedauerlich sei, daß man die Besoldungsfrage mit dem Wohnungsgeld verquält habe. Der durchschnittliche Preis für eine Dreizimmerwohnung sei 450 Mark, während die Unterbeamten nur 260 Mark Wohnungsgeld erhalten. Eine Unterermäßigung in den Familien sei unabweislich und auch die Berufsfreudigkeit der unteren Beamten leide erheblich. Das glauben wir gerne und doch verlangt man von den unteren Beamten, die nicht satt zu essen haben, daß sie auch noch bei Wahlen der verschiedensten Art den Leuten ihre Stimme geben, die ihnen wohl die schönsten Worte vorprechen, im Ernste aber nicht daran denken, an den traurigen Zuständen irgend etwas zu ändern. Gerade die kommenden Stadtverordnetenwahlen, mit denen man sich in der genannten Versammlung ebenfalls beschäftigte, geben den unteren Beamten Gelegenheit, einmal Auslese unter den sich ihnen präsentierenden Kandidaten zu halten und danach zu entscheiden. Wir sind sicher, daß die Vertreter der Arbeiterpartei dabei am allerbesten wegtommen werden, denn sie sind es, auf die in jeder Beziehung Verlaß ist.

Stadtverordnetenwahlfrage.

In Brandenburg a. d. S. fanden die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung statt. Gewählt wurden nur Sozialdemokraten. Wie bisher, verblieben auch in Zukunft sämtliche Mandate der dritten Abteilung der Sozialdemokratie. Vor zwei Jahren stimmten von je 100 Wählern noch 14 für unsere Gegner und 86 für uns. In diesem Jahre stimmten von je 100 Wählern nur noch 4 für unsere Gegner und 96 für unsere Partei.

Nach höher zu veranschlagen ist der Sieg unserer Genossen in Forst N.-E. Dort siegte die sozialdemokratische Liste mit 2900 gegen 1900 nationalliberale Stimmen. Gewählt wurden fünf Sozialdemokraten und keine Gegner. Die sozialdemokratische Fraktion steigt dadurch von sieben auf zwölf Mandate und ist im Besitz sämtlicher Mandate der dritten Abteilung.

Bei den Kommunalwahlen in Eichlinghojen bei Dortmund machten die Bürgerlichen alle Anstrengungen, die Sozialdemokraten aus der zweiten und dritten Abteilung zu verdrängen. Unsere Genossen haben den Ansturm abgesehen und behaupten auf ferner die Mehrheit im Gemeindefolge.

In Coing bei Dortmund haben unsere Genossen zwei Mandate der dritten Abteilung mit Erfolg verteidigt. Die ganze dritte Abteilung bleibt im Besitz der Sozialdemokratie.

Dem Verdienst seine - Krippe!

Die Kölnische Volkszeitung machte neulich in einem Leitartikel darauf aufmerksam, wie auch in Preußen Summen für nutzlose Sinekuren verschwendet werden. Als Beispiel erwähnt das Zentrumsblatt das „Domkapitel“ in Brandenburg, das aus Stiftungsvermögen eine Anzahl „Domherren“ befreit. Sie erzählt: „Es sind Sinekuren für hohe staatliche Würdenträger geworden, denen ohnehin schon in ihren Gehältern und Pensionen ein sorgloses Alter gewährleistet ist. In Brandenburg zum Beispiel beziehen die höchsten Einnahmen aus dem Domkapitel der Dom-

herren, kaiserlicher Admiral à la suite des Generalfeldmarschalls von Knorr, und der Domsenior, der ehemalige Reichstanzler Fürst von Bülow. Dem Domdechanten fallen rund 10 000 Mark zu, dem Domsenior etwa 8500 Mark. Im ganzen beziehen die „Domherren“ etwa 60 000 Mark jährlich aus dem Vermögen und Einkommen des Domkapitels.“

Und wie werden diese großen Summen von den hohen Herren verdient? „Wenn man fragt, wofür dem die „hochwürdigen“ Herren diese Sinekuren beziehen, so darf man natürlich an keinerlei kirchliche Funktionen und Entschädigungen dafür denken. Die Herren kommen jedes Jahr einmal am Sitz des Domkapitels, also in Brandenburg zusammen, ziehen in ihren selbstamen, halbstaatlichen Aufmachungen zum Brandenburger Dom, nehmen an einem kurzen Gottesdienst, an einer kurzen Beratung sowie an einem etwas längeren Festmahl teil, quittieren über ihre 10 000 Mark oder 8000 oder 6000 oder wenigstens 2500 Mark und die Bürde des Domkapitels ist damit getragen. Ihr Erscheinen zu dieser Feier ist übrigens keine Bedingung für die Sinekuren.“

Die Kölnische Volkszeitung möchte die Summen, die jetzt von jenen hohen Herren eingefackt werden, für die nationale Jugendpflege verwendet sehen. Da wird sie lange warten können. So lange edle Herren zu versorgen sind, müssen auch die „nationalsten“ Zwecke zurückstehen.

Uebrigens liefert nicht nur das Domkapitel von Brandenburg, sondern auch das von Raumburg Pfünden für „verdiente“ Männer.

Herr Euler.

Der Zentrumsabgeordnete Euler unternimmt einen Rechtfertigungsversuch. In der Deutschen Wochenschrift für Versicherungsweisen artikuliert er über seine Beziehungen zur Versicherungsgesellschaft Deutschland, die er als völlig harmlos hinzustellen sich bemüht. Auch die Zeitschrift selbst nimmt Herrn Euler in Schutz und meint — wir folgen der Frankfurter Zeitung, die den Artikel referierend wiedergibt —:

„Es liegt hier „keinerlei Mißbrauch“ vor. Es habe sich nur um „einwandfreie Empfehlungen durch Herrn Euler“ gehandelt. Ähnlich wie andre Gesellschaften Protektoren hätten; wenn er als Abgeordneter im Reichstag auf das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen eingewirkt habe, so habe er die Interessen einer Berufsgruppe vertreten, der er selbst angehört habe.“

Abg. Euler selbst erklärt, er habe sich von jeher für das Versicherungsweien „interessiert“ und würde für die Deutschland nach Einblick in ihre Geschäftsleitung auch ohne Honorar gearbeitet haben. Es sei nicht unerlaubt, eine für gut gehaltene Sache zu empfehlen. Der Informationszettel des Verbandes der Lebensversicherungsgesellschaften sei auch andern Gesellschaften zugegangen. Die Behauptung der Bezahlung für die parlamentarische Vertretung der Interessen der Versicherungen sei erfunden. Er habe nichts Unrechtes getan, sondern nur überall auf die Wohlthaten des Versicherungsweiens hingewiesen.

Werkwürdig, wie furchtbar naiv doch so ein Zentrumsabgeordneter sein kann. Nur schade, daß ihn seine Briefe des Gegenteils überführen. Die Schriftstücke leugnet er nicht ab, das geht nun einmal nicht, dafür aber legt er sie aus, und soweit sie allzu un bequem sind, ignoriert er sie einfach. Aber die Briefe reden denn doch eine zu deutliche Sprache, und so hält auch die freisinnige Zeitung Herrn Euler vor:

Wenn Abg. Euler wirklich nichts weiter getan hätte, dann wäre ihm natürlich kein Vorwurf zu machen. Aber die veröffentlichten Briefe ergeben ein ganz anderes Bild. Herr Euler hat gegen Bezahlung die Interessen einer Versicherungsgesellschaft vertreten, nicht nur durch private Empfehlungen, sondern auch auf

Das Glück.

Eine Erzählung aus dem Bornholmer Nordland.

Von Martin Andersen Nexø.

(Nachdruck verboten.)

Der Alte verfolgte von seinem Bett aus das Spiel der Kinder und hörte ihnen zu.

„Nun kam die Frau herein: „Will der alte Vater heut nicht aus den Federn?“

„Rein, wozu soll ich aufstehen. Du? Mir ist so, als ob es heute ernst mit mir würde.“

Seidern der Tod im Herbst das Tal besucht und den Holzjäger und das kleine Mädchen geholt hatte, wollte der alte Die nicht mehr weh aufstehen. „Rein, ich bleibe in meinem Bett, denn er kann jederzeit kommen, mich holen.“ sagte er. „Ich habe ihn ja selber gesehen und mit ihm gesprochen.“

„Ja, aber Großvater, Du bist doch blind,“ wandten dann die Kinder ein.

„Ich habe ihn mit dem inneren Auge gesehen,“ erwiderte der Alte.

Die Antwort spukte in ihnen, sie konnten nie klug daraus werden, wo Großvaters inneres Auge sah.

„Als damals der Steinraub mir mein Augenlicht nahm, habe ich es bekommen,“ sagte der Alte. „Da kriegte ich den richtigen Blick fürs Leben; vorher hatte ich meinen Weg getreten, ohne zu sehen.“

„Kannst Du uns denn sehen?“

„Ja, ich kann Eure Freuden und auch die Sorgen sehen, die Euch zutreffen werden, wenn Ihr größer werdet. Und sehe auch so einigermaßen, wie alles ist.“

„Nun sollst Du aufhören mit dem Gerede, Großvater, und lieber aufstehen, damit ich die Schuhe zurechtmachen kann,“ sagte die Frau. „Du hast doch wohl keine Erstickungen.“

„Rein, aber der liebe Gott kann einem doch dies und jenes begreiflich machen, wenn er will,“ erwiderte der Greis.

Sie half ihm nun beim Anziehen und führte ihn über den schwebenden Lehmstufen zu dem Strohstuhl am Ofen hin. „Willst Du das Strickzeug haben, Vater?“ fragte sie.

Doch der Alte war ganz in seinen Gedanken . . . er beschah sie sich wieder mit dem Strick. Die Frau legte das Strickzeug in seinen Schoß und ging aus der Stube. Er sah eine Weile da und schwebte ein wenig mit sich selbst, dann stand er auf und stolperte in die Halle hinaus, von Fenstertrett zu Fenstertrett fühlte er sich vorwärts. Die Frau stand draußen am Ofen und zerkleinerte Heilig.

„Sollen wir nicht bald zu Mittag essen?“ fragte er.

„Die Uhr ist neun . . . es sind noch drei Stunden bis Mittag,“ erwiderte sie dünn. „Du hast ja noch gar nicht das Frühstück herunter, Vater.“

Sie warhe recht gut, daß er in diesem Augenblick fündig war; trotzdem löste sie es so auf, als ob ihm das Essen nicht genüge oder nicht gut genug sei. Nimmlich unanständig führte sie ihn wieder ins Haus.

Die beiden Kleinen waren es müde, König und Königin zu spielen, und sie kamen deshalb zu dem Alten hin: „Erzähl uns etwas, aber es muß vernünftig sein . . . Du darfst keinen Unsinn reden. Was aus der alten Zeit, was?“

Ein Mädchen huschte über das blinde Greisengesicht; er hob den Kopf, als schäue er weit über Berge und Täler hin. „Es war einmal eine Katze und eine Maus, die verheirateten sich . . . hörst Du zu?“

„Ja, ja!“

„Aber gebt nur ja acht, daß Eure Mutter nicht kommt.“

Der Junge stellte sich an der Tür auf und hielt sie angelehnt, während sich das Mädchen auf den Schemel zwischen Großvaters Füße setzte. Sie hatten die Geschichte schon einigemal gehört, aber es war immer gleich spannend, von der Maus zu hören, die unbedingt von einer Katze entführt werden wollte. Sie brachte einen großen Topf voll Fett als Mitgift in die Katze, den die Katze für die schlechten Zeiten unter den Altartufen aufbewahrte. Die Katze ging immer in Ruh und Staat und hatte lange, feine Nägel an den Pfoten, weil sie nicht arbeitete; die Maus aber sah immer zu Hause und war fleißig. Bei jedem Neumond ging die Katze hin, um nach dem Fett zu sehen.

„Na, wie geht es? fragte die Maus und leckte die Pfoten der Katze, an denen etwas Fett war.“

„Haut ab, erwiderte die Katze, die gesättigt und kurz angebunden war.“

Dann wurde es wieder Neumond, und die Katze ging wieder weg.

„Na, wie steht es jetzt? fragte die Maus still. Ihre Gedärme taten ihr weh, weil nichts darin war.“

„Halb vorbei, erwiderte die Katze herablassend.“

Und sie ging zum drittenmal hin, um nach dem Fett zu sehen.

„Nun, wie geht es? flüsterte die Maus, ganz krank vor Hunger.“

„Ganz vorbei!“ sagte die Katze, und ihr Mund glänzte vom Fett. „Rüh mich, Liebe, sagte die Maus betrübt. Jetzt hast du nur noch mich.“

Da küßte die Katze die Maus. „Au, du fühlst meine Schnurrhaare! rief sie zornig, weil die Maus sie um den Mund herum befeuchte. Und schwupps! hatte sie die arme Maus gefressen.“

„War das in der alten Zeit?“ fragten die Kinder.

„Ja, das war in der alten Zeit.“

„Wirst Du denn da schon geboren, Großvater?“

„Ja, ich hab' es selber gesehen!“

„Nun erzähl' uns auch etwas von der neuen Zeit.“

„Von der gibt es nichts zu erzählen . . . die seht Ihr ja selber.“

„Woher sind die Menschen gekommen?“ Der Knabe kam näher heran.

Der Greis starrte noch weiter in die Fern mit seinen blinden Augen. „Eines Nachts strandete ein Schiff hier bei den Klippen von Bang, und nur ein Mann rettete sich ans Land. Er kletterte zwischen den Felsen herauf und kletterte immer weiter, bis er zum Knägel kam, wo die Mühle damals lag. Schließlich war er auf dem Dach des Müllers gelandet und fiel plump! hindurch und dann heiratete er die Tochter des Müllers. So entstanden die Menschen.“

Die Frau kam rasch aus der Küche herein: „Weißt Du den kleinen Kindern nichts Besseres zu erzählen als jold dummes Zeug? Erzähle ihnen lieber, wie es möglich ist, daß die armen Leute sich von früh bis spät abarbeiten müssen und doch nichts erreichen, während die Reichen alles geschenkt bekommen. Von dem Märchen haben sie mehr Nutzen . . . und darüber kannst Du ja ein Wort mitreden, Vater. Warum hat so ein Alter wie Du es nie zu einem Häuschen mit nem hübschen Land für sich selbst gebracht? Dann hätte er jetzt seine gesunden Augen gehabt und könnte hübsch auf dem Altenteil sitzen, statt seinen Kindern zu Last zu fallen — und wir könnten die Erde bearbeiten und brauchen uns nicht mit dem Stein herumzuquälen. Die Erde hat Gott der Herr gesegnet, und er hat zu den Menschen gesagt, sie sollten sie bebauen, aber den Stein hat er verflucht. Darum wächst auch keine Nahrung darauf! Wir Armen hier in den Felsen haben keine Brot bekommen.“

„So habe ich es auch zu fühlen gekriegt,“ erwiderte der Alte.

„Vater war Steinhauer und wollte, daß auch ich denselben Weg ginge; aber ich war jung und voll Mut. Ich wollte mir ein kleines Geschäft erwerben drüben bei der Dalskirche, da ist die Erde freu-

lich und die Sonne steht darauf . . . da leuchtet das Korn immer so gelb. Geht hin, Kinder, und seht, ob die Sonne das Korn gelb gefärbt hat.“

„Rein, Vater, jetzt ist's Winter . . . da liegt der Schnee über dem Bangen.“

„Ja, ja, da sollte der Hof liegen. Und ein Mädchen von dort wollte ich haben, die haben einen milderen Sinn. Da gehen Mann und Frau zusammen an die Arbeit und legen sich alles miteinander zurecht . . . es sind Leute, die nicht einsam leben. So ging ich denn auf Vangfahrt, um Geld zurückzulegen, und fuhr mit Walfischfängern nach Norden, um es schneller zusammenzubringen. Das ist grobe Arbeit und die Heuern sind groß. Aber dann erlitt ich Schiffbruch und verlor alles.“

„Das war bloß ein mal,“ sagte die Frau trocken. „Seine Jugend verliert man bei so einem Schiffbruch wohl nicht?“

„Da kauft ich Boot und Gerät auf Borg und wollte es herein-fischen . . . ich dachte: vielleicht findest Du das Glück in der Heimat! Es ging auch recht gut, ich zahlte das Ganze ab und wollte mir nun etwas zurücklegen. Aber eines Nachts kam ein Unwetter auf und zerstörte die Gerätschaften, und am Morgen . . . war das Boot an den Klippen zerfetzt.“

„Ja, etwas büßt man immer ein! Und da konntest Du wohl nicht mehr, Vater?“

„Ich hatte damals Weib und Kind, Du — die mußten Brot haben. Die Frau hatte ich mir aus dieser Gegend genommen, es war dem Jens Kisser seine Tochter hier aus dem Raonetal . . . ich war der nächste dazu, sie zu heiraten. Sie war eine so gute Gefährtin wie irgendeine andere; aber viel Jubel und Freude erlebten wir ja nicht, abgesehen vom Kinderkriegen. Da drüben auf dem Akerland tum sie die Arbeit gemeinsam, und am Sonntag gehen sie zusammen hinaus und sehen sich die Dinge an. Aber das sollte nun mal nicht sein.“

„Und da hast Du Dich mit dem Felsen zufrieden gegeben, Vater?“

„Ja, dabei ist einem ja das tägliche Brot so einigermaßen sicher — man kommt bloß nie weiter! Versucht habe ich's allerdings wie Du weißt; einen ganzen Winter habe ich gepöspelt, um auf eigene Faust Steinhauer zu werden. Die Felsen hier herum, die grinsen mich noch immer an und machen sich lustig über mich. . . . Gott sei Dank, daß ich's nicht sehen kann. Wir hier in unserer Gegend gelangen nie bis zur Akererde hinunter, nicht eher wenigstens, als bis man uns mit den Füßen voran hinabgeschafft. Und nun sitze ich hier. Der Tod hat mich vergessen, und ich muß Euch zur Last fallen.“

„Sprich nicht davon,“ sagte die Frau milder, „wenn wir auf den Steinen unser täglich Brot finden, kann es der zehnte Mann wohl auch. Möchte bloß die Sonne sich ein bißchen sehen lassen, aber traurig und sauer ist's immer.“ Sie seufzte tief.

„In dieser Zeit läßt sich die Sonne nie sehen,“ sagte der Alte. „Da scheint sie für die Unterirdischen.“

„Wenn sie nur nicht ganz umgekommen ist,“ meinte die Frau mutlos. „Seit Weihnachten haben wir keine Sonne am Himmel gehabt.“

Die beiden Kinder lachten und sahen einander an — die Sonne war fortgeblieben! Mäuschenstill saßen sie in der Ecke unter der Schlafbank, dicht beisammen, und warteten darauf, daß die Mutter hinausgehen und den Hering zu Tisch bräuen würde; während er auf der einen Seite brüet, lief sie immer zur Quelle, um einen Eimer Wasser zu holen. Dann hörten sie sie gehen und schlüpfen hinaus. Sie klangen den steilen Pfad über die Felsen hinauf, und wo man durch den Schornstein kleine Steine bis in den Kochtopf hinunterwerfen konnte, und trabten weiter in den Wald hinein. Sie hatten sich bei den Händen gefaßt und wollten nach der Sonne suchen. (Fortsetzung folgt.)

politischen Reizen und im Parlament bei gesetzgeberischen Aktionen vertreten, wobei der materielle Zusammenhang ausdrücklich verknüpft wurde. Wenn Herr Euler nichts Unrechtes darin gefunden hat, so verstehen wir nicht, weshalb er in einem seiner Briefe erwähnt, daß seine Mitarbeit (da er Abgeordneter ist) nicht allzu sehr nach außen in die Öffentlichkeit treten dürfte. In seinem Schreiben, in dem er um die weitere Zahlung des Honorars bittet, spricht er von der notwendigen Referenz, die er sich als Abgeordneter auferlegen möchte. Und wenn er erklärt, daß er auch ohne Honorar für die Gesellschaft gearbeitet haben würde, so ist es erstaunlich, daß er umgekehrt ungefähr zwei Jahre lang das Honorar eingestrichen hat, ohne etwas für die Gesellschaft zu tun, so daß ihm das Honorar dann entzogen wurde. Herr Euler aber hat um Weiterzahlung und gebacht dabei seiner „im Interesse der Gesellschaft gelübten Tätigkeit im Reichstage“. Wenn Abgeordneter Euler in der Wochenchrift weiter nichts zur Verteidigung angeführt haben sollte, so fällt diese platt zu Boden, denn hier steht Herr Euler selber mit seinen Briefen als Zeuge gegen sich.

Das meinen wir auch. Nun fragt es sich nur noch, was das Zentrum mit diesem seinem Abgeordneten zu tun gedenkt.

Ein prächtiger Seelforger.

Ein Seelforger ganz besonderer Art, so ganz nach dem Herzen unfres Ausbeutertums, scheint der Pastor D. Regius zu sein, der in der orthodox-kirchlichen Zeitschrift *Reformation* sich über den Geburtenrückgang äußert und dabei in einer ganz unaltruistischen Weise gegen die Frauen zu Felde zieht, die aus Not oder sonst einem Grunde sich zu einer vorzeitigen Entbindung entschließen. Der liebevolle Menschenfreund schreibt da:

Zu bedauern ist es, daß nicht die meisten bei diesen Prozeduren eingehen. Erfreulicherweise kommt ja ein erheblicher Prozentsatz moderner Berlinerinnen zur Strafe für ihre Fruchtbarkeitsreize und künstlichen Fehlgeburten in diesen sogenannten Wochenbetten um. Es ist zu bedauern, daß immer noch viel zu viele dieser unnützen Weiber am Leben bleiben, um ihr stuchwürdiges Wesen weiter zu treiben.

Dieser Gefühlsroheit gegenüber versagen alle Worte. Unterstrichen muß aber noch einmal werden, daß es ein Vertreter der sogenannten Religion der Nächstenliebe ist, der hier spricht.

Sachsen gegen direkte Reichssteuern.

In der Thronrede, mit der der König von Sachsen den sächsischen Landtag eröffnete, kommt folgender Passus vor:

„Nicht ohne ernste Sorge erblickt aber meine Regierung in der zur Deckung eines Teiles der laufenden Ausgaben gewählten Vermögenszuwachssteuer eine Durchbrechung des Grundgesetzes, daß den Gliedstaaten des Reiches zur Erfüllung ihrer bedeutungsvollen Aufgaben die direkten Steuern ungeschmälert zu belassen sind; meine Regierung wird es daher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, im Einvernehmen mit der Reichsverwaltung weiteren Beeinträchtigungen der bundesstaatlichen Finanzrechte auf dem Gebiete der direkten Steuern entgegenzutreten.“

Die sächsischen Vertreter im Bundesrat werden demnach, wenn künftig neue finanzielle Anforderungen erfüllt werden müssen, dafür einzutreten haben, daß neue indirekte Steuern zur Einführung gelangen. Ein anderer Schluss kann nicht gezogen werden, denn der König von Sachsen hat mit keinem Wort gesagt, daß etwa durch Sparmaßnahmen beim Heer oder bei der Marine die Notwendigkeit neuer Steuern überhaupt vermieden werden müßte.

Zum Jaberischen Krieg gegen die „Mades“ wurde berichtet, daß der Regimentskommandeur Oberst von Reutter auf unbestimmte Zeit in Urlaub gegangen sei. Die Ursache dieses auffälligen Urlaubs des Regimentskommandeurs wird in einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kreisdirektor Mahn und dem Herrn Regimentskommandeur gesucht. Von Reutter soll beabsichtigt haben, den Belagerungszustand über Jaber zu verhängen, wogegen sich der Kreisdirektor energig gewehrt hat.

Jetzt herrscht Ruhe. Eine Presse jedoch, die berechtigten Beschwerden mit Säbel und Ausnahmegeetzen Abhilfe schaffen will, ist eine Fundgrube für alle Feinde Deutschlands.

Im Krupp-Prozess ist das Urteil rechtskräftig geworden, da die Beurteilten im „Interesse des Vaterlandes“ auf die Revision verzichtet haben. Das sind natürlich nichts als Flausen. Die Herren haben Angst, daß noch mehr an die Öffentlichkeit kommt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ublige Strolche.

Zu dem Ueberfall der Kavallerieoffiziere Baron Weber und Karl Edler von Adamowitsch auf das Redaktionsbureau der *Wahrheit* wird aus Litz noch folgendes berichtet:

Der Vorfall spielte sich nach Schluß der Redaktionsarbeit ab. Der noch anwesende verantwortliche Redakteur Genosse Stöck sah plötzlich zwei Offiziere eintreten und dann auf den zufällig in der Redaktion anwesenden Faktor Mittel zutreten mit der Frage: „Wo ist der Redakteur?“ Mittel wies die Offiziere an Genossen Stöck, den sie fragten, wer die Notiz über den Nachtrunor in Enns geschrieben habe. Stöck verweigerte die Antwort, worauf es sofort losging: „Der Artikel ist eine Gemeinheit, eine Schandtat, eine Lüge!“ Der Redakteur verwies auf den Berichtigungsparagrafen, worauf der Oberleutnant seine Beschimpfungen, in denen das Wort „Schweineerei“ die Hauptrolle spielte, fortsetzte. Inzwischen war Gemeinderat Damek ins Zimmer getreten und suchte eine Weile beruhigend einzuwirken. „Mit Ihnen habe ich nichts zu reden, wer sind Sie denn?“ schrie nun der Oberleutnant Baron Weber. „Ich bin der Chef dieses Zeitungsunternehmens“, war die Antwort. „So, und da lassen Sie eine solche Gemeinheit in die Zeitung schreiben?“ Damek sagte nun: „Ja, in solcher Weise können wir nicht weiterreden,“ und wendete sich der Tür zu. Nun aber trat Faktor Mittel dazwischen und sagte: „Bitte, wenn Sie in diesem Tone reden, dort ist die Tür.“

Er hatte noch nicht ausgesprochen, als der Oberleutnant schon mit der Reitpeitsche auf ihn losstürzte und ihm mehrere heftige Schläge über den Kopf versetzte. Genosse Damek eilte nun zum Telephon um die Polizei zu verständigen, und Stöck stellte sich den Offizieren entgegen. Der tolle Oberleutnant hieb wie wütend um sich, aber da kamen schon die Sekretäre Kögelmeier und Langer nebst einigen Sechern herbei. Kögelmeier fragte bestürzt, was es gebe, und rief dem Baron Weber, der eben den Säbel gezogen hatte, zu: „Aber, Herr Oberleutnant, verlorren Sie doch den Säbel!“ Der wild gewordene Kaufbold aber brüllte, sich gegen die herbeieilenden Secher wendend: „Zuerst muß die Bagage hinauss!“ Noch suchten die Genossen eine Weile beruhigend einzuwirken, aber der Oberleutnant rief jedem zu: „Halten Sie das Maul!“ Plötzlich hoßte er mit dem Säbel aus und führte einen Schlag gegen einen jungen Secher, den Kögelmeier beiseite stieß, damit der Hieb nicht treffe. Zugleich rief auch der bisher ruhig dastehende Leutnant den Säbel aus der Scheide, um wild damit herumzuschwelen. Als bald bot das Redaktionszimmer ein schreckliches Bild der Verwüstung. Der große Wandspiegel war in

hundert Stücke zertrümmert, einige Stühle waren zerbrochen, Zettelungen lagen herum und überall gab es Blutspuren von den glücklicherweise nicht allzu schweren Verletzungen, die die Säbelhelben den Sechern beibrachten.

Den Rohlingen selbst ging es bei dem Kampfe, der sich nun entspann, freilich auch nicht am besten. Es wurden ihnen die Säbel entwendet und zerbrochen, der Leutnant fiel in den zerbrochenen Spiegel und erlitt dabei Verletzungen, der Oberleutnant stürzte zu Boden und fiel mit dem Kopfe auf eine Schreibtischkante, so daß er blutete. Die beiden Herrchen waren nun die Gefangenen derer, die sie hatten „Luzolieren“ wollen, und standen bebend da, froh, daß die „Bagage“, die sich nur ihrer Angriffe hatte erwehren wollen, sie nicht nach Verbleist züchtigte. Dem besonnenen Eingreifen des Genossen Damek ist es zu danken, daß es den beiden Offizieren nicht noch schlechter ging, und sie mühten sich froh sein, daß man ihnen ein Zimmer anwies, wo sie das Eintreffen des Abgeordneten des Platzkommandos abwarten durften. Auf der Straße hatte sich nämlich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt, die eine drohende Haltung einnahm. Es kam Polizei und merkwürdig rasch war auch in Vertretung des Platzkommandos der Oberleutnant Markovic zur Stelle. Man darf annehmen, daß man bei der Militärbehörde schon gewußt hat, was sich vorbereitete, und daß man dort entsprechende Maßnahmen traf. Der Oberleutnant Markovic benahm sich auch nicht ganz genau so, wie man sich unter fremdem Dache benimmt, und verlangte in ziemlich brüskem Ton die Säbel der beiden Helden. Man mußte erst lange suchen, ehe man die verdogenen und zerbrochenen Säbel wieder fand.

Auf der Straße zogen die Offiziere durch ein Spalier von Pfuirkern. Dies veranlaßte den Oberleutnant Markovic, abfällige Bemerkungen zu machen und die Polizisten zu fragen, ob er ihnen vielleicht Hilfe beistellen solle, damit sie den normalen Zustand auf der Straße wiederherstellen können. Der stellte sich alsbald auch ohne diese Hilfe von selbst her, denn die Masse zog mit den verletzten Genossen Mittel, Fall und Kirchberger, die sich auf die Rettungstation begaben, um ihre glücklicherweise leichten Wunden verbinden zu lassen.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist wegen des Vorganges im österreichischen Parlament eine Interpellation eingebracht worden.

Rußland.

Nach dem Schandprozeß von Kiew. Der „Ritualmord“-Prozeß wird von der russischen Presse lebhaft erörtert. Die Juden Kiews wollen eine Stiftung unter dem Namen Grubshenberg-Stiftung errichten. Bis jetzt ist die Presse 34 mal wegen Außerungen über den Kiewer Prozeß verurteilt worden, die bezahlten Strafgebühren belaufen sich auf 10 000 Rubel, dreißig Nummern wurden konfisziert, zwei Blätter suspendiert, vier Redakteure in Haft genommen. In der Dienstagssitzung der Reichsduma wurde über einen Antrag der Kadetten verhandelt, eine Kommission zu bilden zur Ausarbeitung eines Initiativantrages auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Schingarew (Mitglied der Kadettenpartei) wies darauf hin, daß das Fehlen der bürgerlichen Gleichberechtigung dem Staatsorganismus den größten Schaden zufüge; deshalb sei es notwendig, daß die Rechtsbeschränkung einzelner Nationalitäten aufgehört. Der jüdische Abgeordnete Friedmann begann die Beistimmungsangelegenheit zu besprechen. Der Präsident bat ihn, das zu unterlassen, da die Sache noch nicht alle Instanzen passiert habe. Da der Abgeordnete sich nicht fügte, wurde ihm das Wort entzogen. Robitschew (Kadett) gab in seiner Rede der Ansicht Ausdruck, daß Rußland ohne die Gleichberechtigung der Juden kein Rechtsstaat werden könne. — Der Antrag der Kadetten, gegen den sich die ganze Rechte wandte, wurde schließlich mit 152 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Spanien.

Die Gemeindevahlen. Das Gesamtergebnis der Gemeindevahlen im Lande ist folgendes: Es wurden gewählt: 2070 Konservative, 1659 Liberale, 544 Republikaner, 104 Sozialisten, 105 Unabhängige, 142 Regionalisten oder Nationalisten, 219 Jaimisten oder Integristen, 59 Katholiken, 61 reformistische Republikaner und 86 Wilde.

Kleine politische Nachrichten.

Zum Kampf in Dublin. Der Arbeiterführer James Larkin ist am 13. November aus der Haft entlassen worden. Er erzielte unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis telegraphische Anweisungen für die ausständigen Arbeiter in Dublin und begab sich darauf in die Freiheitshalle, wo ihm 5000 Personen eine begeisterte Kundgebung bereiteten. Larkin erklärte, die Regierung habe einen Fehler begangen, daß sie ihn ins Gefängnis geworfen habe, und noch einen größeren Fehler, daß sie ihn wieder frei gelassen habe. Es werde in England zum Generalfstreik kommen.

Der Entwurf des sächsischen Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1914/15, der dem Landtag heute zur Beschlußfassung zugegangen ist, schließt für jedes der beiden Etatsjahre in Einnahmen und Ausgaben im Ordinarium mit insgesamt je 491 907 943 Mark gegen 453 222 642 Mark im vorigen Etat. In den außerordentlichen Staatshaushalt sind 72 891 000 Mark eingestellt. Im Etat erscheinen zum erstenmal Apangan- und Etablierungsbeiträge an den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Christian, die im Laufe der Finanzperiode ihr 21. Lebensjahr vollenden werden.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Grausam hart.

Öffentliche Betriebe sollten nicht nur nach unserer Meinung als Arbeiterbetriebe sein. In ihnen sollte der Arbeiter nicht bloß als Ausbeutungsobjekt gelten, sondern auch als Mensch gewertet werden. Wenn man das schon von den staatlichen Betrieben fordern muß, dann doch erst recht von den unter liberaler Leitung stehenden Betrieben der Städte.

Wie es in dieser Beziehung in Danzig, das der Freimann, der unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Kommerzienrats Münsterberg und des Reichstagsabgeordneten Weinhanzen steht, kommunal beherrscht, aussieht, haben wir schon wiederholt an den Verhältnissen der städtischen Arbeiter leider nicht lobend nachweisen können. Wir nahmen jedoch an, daß unsere Kritik und auch die Furcht, die agitatorische Tätigkeit der freimännigen Abgeordneten zu lähmen, eine Wandlung zum Besseren herbeiführen würde. Gegen diese Annahme spricht aber ein Fall, der tatsächlich unglücklich scheint.

Bis zum 10. November dieses Jahres war im städtischen Gaswerk der 63jährige Installateur H. tätig. Fast ein Menschenalter, 41 Jahre lang, hat er der Stadt seine Kraft und damit sein Leben gelassen. Am 10. November wurde der Veteran der Arbeit trotzdem plötzlich aufs Pfahler gesetzt! Sechs Wochen vor Weibachten, dem Feste der erbarmenden Nächstenliebe, fand seine Beschäftigung bei der liberalen Stadtverwaltung diesen grausamen Abschluß. Und weshalb? Es ist den Installateuren verboten, durch eigene Uebernahme von Arbeiten sich besondere Einnahmen zu machen. Kein Mensch kann etwas dieses Verbot

einwenden. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß gerade während der Zeit der Unglücke neue oder alte Mieter, die in Verlegenheit sind, die in ihrer Klasse arbeitenden Installateure bitten, ihnen behilflich zu sein und kleinere Arbeiten auszuführen. Eine kleine Entschädigung wird dafür gern gewährt, und der Lohn dieser Handwerker ist leider nicht so hoch, daß jeder der Versuchung, sie anzunehmen, leicht widersteht. In einem ähnlichen Falle hat H. zu Anfang Oktober in einer Wohnung eine Gaslampe angebracht und dafür wohl zwei Mark erhalten. Städtisches Material ist dabei von ihm nicht verbraucht. Trotz dieser verhältnismäßig sehr milden Lage des Falles nahm man keine Rücksicht auf den in einem Menschenalter bewährten Mann, sondern vernichtete rücksichtslos seine Existenz, Stadtrat Runge, den wir bisher höher einschätzten, verfügte die sofortige Entlassung! Der Entlassene wendete sich an den Gasinspektor Fleckzig und bat um Berücksichtigung. Als er auf seine langjährigen Dienste für die Stadt hinwies, soll F. die höchst befremdliche Antwort gegeben haben, daß er dafür doch auch Lohn erhalten habe! Wir haben uns mit dem „vornehmen“ Ton, den Fleckzig im Verkehr mit den Arbeitern noch immer anzuwenden beliebt, schon beschäftigt. Die Antimari, die er dem aus dem Brot Geworfenen gab, übertraf uns bei dem natürlich freisinnigen Manne nicht.

Wir haben schon gesagt, daß wir gegen das Verbot der Ausführung von Privatarbeiten nichts haben. Gerade deshalb müssen wir aber fordern, daß es in jeder Konsequenz auch für alle Angehörigen der Städte gilt. Nun ist aber bekannt, daß die Gasinstallationsfirma Krennberg mit der Stadt in nach geschäftlichen Beziehungen steht. Speziell der städtische Gasinspektor Fleckzig kommt durch seinen Beruf in die Lage, empfehlend auf jene Firma hinzuweisen. In ihrer Filiale in Langsuh ist aber sein eigener Sohn Geschäftsführer! Es bedurfte nicht erst der Erfahrung von gewissen Krupp-Praktiken, um solche Verbindungen für nicht wünschenswert zu halten. Schließlich kann man es den Arbeitern doch kaum verübeln, daß sie aus der Kenntnis solcher Dinge auch ihre Konsequenzen ziehen.

Im übrigen sind wir der Ueberzeugung, daß über den Fall H. das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Mag der Magistrat eine Rüge verhängen. Er kann es aber unmöglich verantworten, einen stets pflichttreuen Mann aus solcher Ursache um die Existenz zu bringen und ihn wirtschaftlich zu vernichten. In einer am 11. November abgehaltenen Versammlung der städtischen Arbeiter, in der der Stadtrat Heemann aus Mannheim referierte, erregte die Mitteilung dieses Falles allseitig größte Empörung. Durch solche drakonische Strenge fördert der Magistrat ganz gewiß nicht die Arbeitsfreudigkeit derer, die in städtischen Diensten stehen und er bemißt dadurch ganz und gar nicht, daß die städtischen Betriebe Danzigs Musterbetriebe sind.

Zur „angeblichen Einigung“ zwischen Krankenkassen und Ärzten.

die in erster Linie die Neueinsteiner erfunden haben, nimmt das Blatt am 10. November noch einmal das Wort. Natürlich fällt es ihm nicht ein, seinen Lesern klaren Wein einzuschenken und seinen Klammartikeln vom 7. November einfach zurückzunehmen. Sogar Ehrlichkeit läßt schon die Unfehlbarkeit des so „angesehenen“ und stets „voriglich informierten“ Inseratenblattes nicht zu. Dafür tut es so, als ob es seinen ersten Artikel nur noch ergänzte. Es behauptet ganz dreist ohne Einschränkung, angeblich nach einer Zuschrift aus ärztlichen Kreisen, daß die neuen Verträge bis zur Unterschrift fertig seien! So etwas ist einfach der Gipfel der versteckten Täuschung. Weiter erzählt das Fuchsbait mit der harmlosesten Miene von der Welt, daß die von ihm als zuerst vereinbarter Vertrag behaupteten Bestimmungen nur die Grundlage bildeten, auf der die Einzelverträge der Kassen gestellt werden sollten. Hartnäckig lehnt also das Blatt die Anerkennung der einfachen Tatsache ab, daß nur die Verträge hier wie überall in hren Vertragsentwurf vorgeschlagen haben und daß noch nichts weiter geschehen ist.

Es muß schon sehr schlimm mit der Objektivität des Fuchsbait Geschäftsblattes bestellt sein, wenn seine plumpe Reklame für die Verträge selbst diesen gegen den Strich geht. Dann sollten die Verträge aber auch offen erklären, was ist. Nach der offiziellen Mitteilung des Stadtrats Loop, die wir alle in wiedergaben, haben Verhandlungen mit der größten Klasse überhaupt noch nicht stattgefunden; sie hat also auch noch keine Zugeständnisse gemacht. Von einer Versöhnungsmission der Verträge ist gar keine Rede. Sie fordern auch in Danzig unbedingte Unterwerfung der Krankenkassen. Wer den Anschein des Gegenteils zu erwecken sucht, beugt die Wahrheit und betreibt unerantwortliche Stimmungsmache.

Gerade an diesem Beispiel können die Arbeiter sehr deutlich sehen, wie hartnäckig sie von dem Blatt des Millionärs Fuchsbait getäuscht werden.



Ein Sieg
der deutschen Industrie!

LUPA
Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak u. Cigaretten-Fabrik
Yenidze Dresden

Inh. Hugo Zietz
Hoflieferant S. M. A.
Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 20. November 1913, abends 9 Uhr.
 im großen Saale des „Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses“ zu Danzig, Promenade 7. (162)

Redner: Generalsekretär Paul Zimmermann, Dresden.
 Thema:

Die Trust-Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben.

Freie Aussprache. — Eintritt frei.

Jedermann ist freundlich eingeladen.



Bei der ungeheuren Wichtigkeit der Trustfrage für unser deutsches Wirtschaftsleben laden wir nicht nur dringend zu dieser Versammlung ein, sondern wir bitten auch um recht zahlreiches Erscheinen. . . .

Ortsgruppe Danzig
 des Verbandes deutscher Zigarrenladen-Inhaber.
 Verband zur Abwehr des Tabaktrustes.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Für die Bezirke Niederstadt, Aneipab und Bürgerwiesen finden Bildungsvorträge über

Die soziale Gesetzgebung in Deutschland

am Donnerstag, den 20. November
 Mittwoch, den 26. November
 Mittwoch, den 3. Dezember
 Mittwoch, den 10. Dezember
 Mittwoch, den 17. Dezember

Redner: Fritz Grünhagen, Arbeitersekretär. Die Vorträge beginnen pünktlich 8 Uhr abends im Vereinslokal Aneipab 25. Wir erlauben die Mitglieder, diese unentgeltlichen Kurse zahlreich zu besuchen. Die Bezirksleitungen.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 18. November 1913, abends 7 1/2 Uhr

Hoheit tanzt Walzer.

Operette in drei Akten von Julius Brammer und Alfred Grünwald.
 Musik von E. Moser
 Mittwoch, d. 19. Nov., abds. 7 1/2 Uhr.
Musik-Konzert. Bei ermäßigten Preisen.
 Donnerstag, d. 20. Nov., abends 7 1/2 Uhr **Der Bettelstudent.**
 Operette von Millöcker.

Entlaufen, großer Hund, hört auf „Wächter“. Wiederbringer erhält angemessene Belohnung. Ohra, Schwarzer Weg 7. (163)

Zahne 1.00 Mk. und 1.80 Mk.

Nervöse und ängstliche Personen, welche sich vor dem Zahnziehen fürchten, bemerken sich vertrauensvoll in mein Institut, denn an **Eldasstätt** haben mir Patienten bestätigt, daß das Zahnziehen **100% vollständig schmerzlos** verläuft. **Alle Zähne à 1.80 Mk.** Halbe Ich Zähne mit echten Platinen in geeigneten Fällen prima Diktoria. Dies sind Zähne, welche anderweitig mit 4 und 8 Mark bezahlt werden müssen. **Allein-Anfertigung für Danzig** (Ohne Patent-Platte)



500 Mark Belohnung demjenigen, der mir nachweist, daß ich Zähne mit Eisen stiften verarbeite, höhere Preise wie 1.80 Mark mit Kauchschukplatte fordere und für neue Gebisse nicht eige 10 Jahre schriftl. Garantie für Haltbarkeit gebe, d. h. im Falle einer vorkommenden Reparatur wird dieselbe während dieser Zeit **kostenlos** ausgeführt. Bei Beiziehung von künstlichen Zähnen das Zahnziehen mittelst **Hötübung kostenlos**. **Pfannenbillig**. Reparaturen an 1 Mk., Umarbeitung nicht passender Gebisse **billig** u. schnellstens. Nervtöten 1 Mk.

Auf vielseitigen Wunsch habe ich auch in Danzig, wie in anderen Städten **Jahres-Abonnements** für Kinder eingeführt. Für 10 Mk. werden denselben sämtliche operativen Behandlungen zuteil.

Institut für Zahnleidende

71 DANZIG Pfefferstadt 71. TELE 2621. Sprechzeit v. 8-8 Uhr (Sonntag) 2 Uhr

Komm zu mir! Ich borge Dir!

Rob. Schulz, Danzig Schüsseldamm Nr. 56, I Tr.
 Filialleiter der Firma **Jonass & Co. G. m. b. H. Berlin**
 Gegründet 1889

Großes Lager von Geschenkartikeln
 Musikinstrumente jeder Art, Sprechmaschinen, photograph. Apparate, Haarschneide-Maschinen, Rasierapparate und Messer.
 100 000 Kunden.

Uhren, Gold- u. Silberwaren
 auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2.00 Mark an. Bei Barzahlung 10% Rabatt. — Kein Laden. — I. Etage.

Möbel aller Art.

Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchenmöbel, Sofas und Garnituren, Teppiche sowie alle Polstermöbel, finden Sie in großer Auswahl bei

A. Huse, Fleischergasse 77.

Vorwärts Bibliothek

Jeder gut gebundene Band 1 Mk.

Erweckt.

Roman aus dem Proletarierleben von A. Ber. „Dortmunder Arbeiterzeitung“: Der Roman führt uns mitten hinein in die sozialen und politischen Kämpfe der Gegenwart; er zeigt uns ergreifende soziale Lebensbilder aus der ergebirgigen Heimat des Verfassers, die mit warmem, mitfühlendem Herzen gesehen und geschildert sind. In der angenehmsten Form der Erzählung wird der Leser eingeführt in die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb und die gewaltige Ideenwelt des modernen Sozialismus.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volkswacht** Danzig, Paradiesgasse 32.

Puppen u. Spielwaren
 Puppen in allen Größen
 Puppen angekleidete u. Gestelle
 Puppen-Bekleidungsartikel
 Puppen-Ersatzteile
 Puppen-Reparaturen schnell und billig
 Neu aufgenommen:
Spielwaren
 Große Auswahl. — Billige Preise.
Thüringer Puppenklinik
 35 Breitgasse 35, Näh. d. I. Damm. (76)

Weichsel-Königin Seife
 besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.
 164 Ueberall erhältlich.
J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Alkoholfreie Getränke.
Fabrik für alkoholfreie Getränke von E. Ehlert Nachfolger **Schilditz.**

Stärke
Sin alko
 Albert Krefl.

Chr. Schatz, Ohra. Teleph. 450.

Barbiere und Friseur.

Barbier- und Frisier-Salon **Kurt Bartsch** Paradiesgasse 4.

Bierbrauereien.
Danziger Aktien-Bierbrauerei. Jahresumsatz ca. 100 000 Mk.

Bier-Niederlagen.
M. Lettau, Breitgasse 48. Danziger Aktien-Bier.

Brotfabriken.
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15 Blaue Schilder kennz. die Niederl.

Bäckereien.
Bäcker ei Kögler Hakelwerk 8, feinste Backwaren

Damenputz u. Modewaren
M. Laube, Ohra Kurz-, Weiss-, Wollwaren.

Destillation, Liköre.
F. Berner. Kolonialwaren, Spandhaus-Neugasse 10-11.

Oscar Schützmann. Tischlergasse 67 ff. Liköre, Rum und Kognak.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Carl Sielaff, Ohra Grammophone und Platten.

Bezugsquellen-Verzeichnis.
 Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich einmal.

Herrn-Artikel.
Hut-Haus London Nur II. Damm 10.

Three Shillings-Hat Nur Paradiesgasse 7/8.

Herrn-Garderoben.
S. Lazarus Gegr. 1894. Langfuhr Hauptstrasse 32.

Goldene 14 Lange Brücke.

Konfektionshaus für Arbeitergarderoben **J. Kuhn.** Schüsseldamm Nr. 56.

Kaufhäuser.
Sally Bieber, Stadtgebiet Nr. 46 Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts.
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

Kolonial- u. Materialwaren
A. Hagedorn, Wallgasse Nr. 25.

G. E. Schimmigmann vorm. PRANTZ Schüsseldamm 32 Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Melereien.
Sämtl. Meierei-Artikel

J. Krzykowski Brot. Paradiesgasse 3.

Möbelmagazine.
Das Möbel-Magazin von Fr. Lesinski, Langfuhr Kastanienweg 5a ist bei der Arbeiterschaft die beliebteste Bezugsquelle aller Sorten Möbel. Bequeme Zahlungsbedingungen.

Restaurants.
Maurerherberge Schüsseldamm 28 Verkehrslokal d. freien Gewerkschaften.

Schirm-Geschäfte.
Schirm-Reparaturen saub., schnell und billig **E. u. B. Schlachter** Heil. Geistgasse 141, a. Holzmarkt.

Schnupftabak-Fabriken.
Julius Gosda Häkergasse 5 II. Priestergasse 5, Ecke **Schnupftabak-Kachelei.**

Schuhwaren.
August Wilke Langfuhr, Hauptstrasse. Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren. Eigene Reparatur-Werkstatt.

L. Michaelis III. Damm 5, Heilige Geistgasse 36 Großes Lager gedieg. Schuhwaren Arbeitstiefel, Reparaturwerkstatt.

Transportgeschäfte.
Poll-Fahren werden billig ausgeführt. **A. Hagedorn,** Wallgasse 25.

Uhren- und Goldwaren.
Uhren- und Goldwaren **S. Lewy Nachf., Danzig** Breitgasse 20, Ecke Goldschmiedeg.

Zigarrengeschäfte.
Cigarren-Import **M. Schwabe** Danzig, Paradiesgasse 6/7. Russische und türkische Zigaretten. Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

Organisierte Arbeiter kaufen bei **Eugen Sellin,** Schüsseldamm 58.

Tabak, Zigarren Zigaretten
A. KRAUSE Danzig Rammbau 13.

J. Noetzel, Paradiesg. 32 empfiehlt seine vorzüglichen Zigarren-Spezialmarken.

Barnhard Lemke, Schüsseldamm Nr. 29. Zigarren, Zigaretten.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Sieg in Königsberg!

Aus Königsberg trägt der Telegraph eine erfreuliche Kunde über den Ausgang der Stadtverordnetenwahlen in die Welt: Neben einer starken Steigerung der Stimmenzahl errang unsere Partei 8 neue Mandate. Statt 11 sitzen künftig 19 Sozialdemokraten im Königsberger Stadtparlament. Im bürgerlichen Lager herrscht grenzenlose Bestürzung. — Ein Bravo den Königsberger Genossen! Über Danzig, wann tilgt Danzig seine Schmach?

Die Not der Danziger Arbeiter.

Unter der Spitzmarke: Die Not der Danziger Arbeiter berichteten wir in der Nummer 91 am 8. November über den Vortrag, den der hiesige Arzt, Herr Dr. Catoir, am 4. November im Verein der Armen- und Waisenspflegerinnen gehalten hat. Der Redner stellte nach Professor Flugge den wissenschaftlich richtigen täglichen Nahrungsaufwand einer Familie aus fünf Köpfen mit 3,50 Mark fest. Er rügte also die in Danzig zu niedrige Armenunterstützung.

Wir leiteten unsern Bericht mit einer Anerkennung des ehrlichen Willens des Vortragenden ein und bemerkten vorweg in Würdigung der von ihm gemachten Feststellungen, daß der Vortrag eine wohl begründete Verurteilung der besonders vom Stadtrat Dr. Ewert gefürzten engherzigen Danziger Armenpraxis wurde.

Am Schlusse unseres Aufsatzes bemängelten wir, daß die Ärzte in ihrer großen Mehrzahl kein Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der Armen hätten. Ferner äußerten wir, daß auch Dr. Catoir die Forderung der Betätigung der Arbeiter in der Armenpflege nicht vertreten habe. Zum besseren Verständnis wiederholen wir die von uns hierüber gemachten Bemerkungen:

„Hoffentlich bleibt es nicht bei der nur platonischen Kriegserklärung gegen das System des Stadtrats Dr. Ewert. Wesentliche Änderungen zugunsten der Armen erwarten wir schon deshalb nicht, weil Dr. Catoir unter seinen ärztlichen Kollegen ein Prediger in der Wüste ist. Die große Mehrheit der Ärzte, und gerade die Angesehensten unter ihnen, haben für die soziale Bedrängnis der Arbeiter nichts übrig. Zwar halten es die Herren Honorierten nicht unter ihrer Würde, im Kampf um höhere Honorare an das gewerkschaftliche Empfinden der Proletarier zu appellieren und ihre Kampfsprache zu reden. Weiter geht ihr Verständnis für die Schmerzen der Armen aber nicht. Unendlich viel hätte die entsprechende Stellungnahme der Ärzteschaft den Arbeitern im Kampf gegen das Wohnungsfeind nützen können, darauf mußte jedoch vergeblich gewartet werden.“

Die von dem bürgerlichen Standpunkt des Dr. Catoir uns begreiflich unvollkommene Darstellung der Ursachen der Armut, die doch nichts anderes als eine Folge der kapitalistischen Ausbeutung ist, wollen wir mit Rücksicht auf seine sonstigen ausgezeichneten Darlegungen nicht kritisieren. Notwendig wäre aber auf jeden Fall gewesen, daß er sich gegen die Ausübung der Armenpflege nur durch Angehörige der besitzenden Klasse gewendet hätte. Es ist auch eine der vielen Danziger Rückständigkeit, daß bisher noch nicht ein Danziger Arbeiter und keine einzige Arbeiterin in der Armenpflege tätig sein darf. Die bisherige Art der Armenpflege könnte gar nicht aufrecht erhalten werden, wenn mit den Verhältnissen der Armen genau vertraute und mit ihnen führende Arbeiter über ihr Schicksal mitbestimmen könnten.“

Zu unseren Ausführungen äußerte sich Herr Dr. Catoir durch folgenden Brief:

Danzig, den 8. November 1913.

An die Redaktion der Volkswacht, Danzig.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Gestatten Sie mir zu Ihrer eingehenden Besprechung meines Vortrages über den Haushalt des Arbeiters eine Entgegnung.

Ich bin nicht der Meinung und habe es auch gar nicht ausgesprochen, daß Herr Stadtrat Ewert schuld sei an der viel zu niedrigen Armenunterstützung; das ist vor seinem Amtsantritt so gewesen und kann überhaupt nicht dem Armenverwalter persönlich in die Schuhe geschoben werden, sondern dem von mir als volkswirtschaftlich unrationell bezeichneten System des Almosengebens. Daß die Unterstützungen hier in Danzig zu niedrig sind, behaupte ich gleichwohl, eine Besserung kann aber nicht einfach durch Erhöhung der Armenliste (10,6 Prozent) auf Doppelt oder Dreifache ermöglicht werden, sondern durch eine Organisation der Arbeitslosen- und Armenfürsorge etwa im Sinne der Reform der Geschwister Webb *) derart, daß die Gelder für diese Zwecke produktiv wirken und wieder dem Ganzen zugute kommen; dann ist eine eventuell notwendige große Organisationsausgabe rationaler als Tausende jahrelang gezahlten Lappenbeträge an den Einzelnen.

Was nun die Tätigkeit des Herrn Stadtrat Dr. Ewert betrifft, so weiß ich aus persönlichen langen Besprechungen mit ihm, daß gerade er eine wirksame Bekämpfung der Armut anstrebt. Ihm ist es zu verdanken, daß eine städtische Arbeitervermittlung eingerichtet wurde. Von ihm gehen die Verjuche aus, statt Geldunterstützungen Gartenstücke zu gewähren, kurz, die noch vorhandene Arbeitskraft nicht ganz verkommen zu lassen. Ich weiß auch sehr gut, wie viel gegen die Art seines Vorgehens von den Armen geklagt wird. Aber gerade von seinem sozialen Standpunkte aus müssen Sie doch zugeben, daß er prinzipiell das Richtige will. Es liegt auf der Hand, daß der mildtätige Geber mit der offenen Hand mehr Dank findet, als der Erzieher zur

*) Die betr. Programmschrift stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung (Problem der Armut. E. Diederich, Jena 1912).

wirtschaftlichen Verantwortlichkeit — seine Erfolge sieht ja keiner; wie ja auch keiner die Erfolge der Hygiene direkt an sich anerkennet, vielmehr nur in Krankheitsfällen dem Arzte seinen Dank ausspricht; ja unter Umständen sogar gegen vorbeugende Maßnahmen ankämpft (Impfgegner!).

Leid tut es mir auch, daß Sie in Ihrer Besprechung (und die ganze Sozialdemokratie) unsere Kämpfe für freie Arztwahl so schroff verurteilen. Ich bin mir bewußt, daß Sie in Danzig keinen prinzipiell anderen Standpunkt einnehmen können, als Ihre Fraktion, speziell Herr Trauchdorf. Indessen vom Standpunkte des Kranken aus betrachtet ist doch die freie Arztwahl das bessere System; (wie sehr verurteilen Sie doch diejenigen, welche als Streikbrecher auftreten; welche Elemente geben sich wohl dazu her?). Und gerade die Ärzte, welche für Ihre Freiheit kämpfen — verstehen Sie nicht! Halten Sie es für möglich, daß ein angestellter Arzt ohne Rücksicht auf seine Behörde Mißstände selbständig aufdecken wird, wenn er um sein Brot zittern muß? Seien Sie doch froh, daß noch ein Stand da ist, der nicht aus der Staatskassette frisst und dazu würde ja die Niederlage der Ärzteschaft über kurz oder lang führen.

Wenn Sie aber das Ziel letzten Endes prinzipiell erkennen — alle, alle sollen die Aufgabe des einen Staatsorganen sein — so würde dies der Punkt sein, wo ich nicht umhin kann zu sagen: Sie opfern Menschen, lebende freie Menschen einer starren Doktrin.

Hochachtungsvoll

Dr. Catoir.

Die hierin erörterte Hauptfrage, die Danziger Armenpraxis und ihre Beeinflussung durch Stadtrat Dr. Ewert, erschien uns so wichtig, daß wir den Brief nicht als private Meinungsäußerung ansehen, sondern seine öffentliche Beantwortung für erforderlich hielten. Als wir Herrn Dr. Catoir um die Zustimmung zum Abdruck ersuchten, gab er sie, ohne den Inhalt wesentlich zu ändern. Er fürchtete nur, daß er sich über die Frage des Ärztestreikes zu imputieren, ohne nähere Kenntnis unseres Standpunktes, geäußert habe. Weiter wünschte er, daß seine Person nicht gegen die des Stadtrats Dr. Ewert ausgespielt werden möge. Einmal sei er, Dr. Catoir, der Meinung, daß besonders Beamte durch so heftige Angriffe, wie wir sie ungerechtfertigt gegen Stadtrat Dr. Ewert erhoben hätten, schwer getroffen würden. Dann sei aber auch zu befürchten, daß durch den persönlichen Ton auch unser Zweck, die Besserung der Sache, behindert werde.

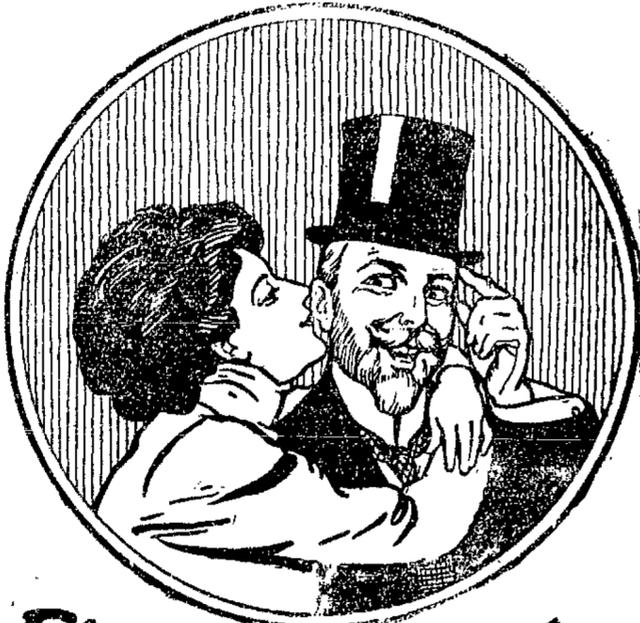
Zunächst stellen wir fest, daß Herr Dr. Catoir gegen unsere Bemängelung der ungenügenden sozialen Betätigung der Ärzte keinen Widerspruch erhebt. Nach dem Grundsatze: Wer schweigt, stimmt zu, dürfen wir also annehmen, daß er in dieser Beziehung mit uns einer Meinung ist. Umsoweniger lag dann aber ein Anlaß dazu vor, unsere Vorhaltungen über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kampf der Ärzte gegen die in den Krankenhäusern versickerten Arbeiter zu machen. Um diese Frage drehte es sich in

Kostüme und Mäntel

Verkaufsbeginn: Sofort nach Erscheinen dieser Zeitung.

6 Sonder-Tage

Mittwoch 19 Donnerstag 20 Freitag 21 Sonnab. 22 Sonntag 23 Montag 24 November



Jede einzelne Serie bietet Hervorragendes.

Paletots aus melierten Stoffen und neuesten Formen — Entzück. Sticheleider mit farb. seidene Gürtel — Fesche Backfisch-Ulster . . . durchweg

11

Ulster in Raglanform — Sportpaletots — Kostüme aus Stoffen engl. Art, auf prima Halbseide, tadell. Schnitt. Sehr fesche Ball- u. Tanzstundenkl. durchw.

18

Frauen-Mäntel, Straßen-Paletots in neuesten Schnitten. Kostüme in blau u. farbig, auf prima Halbseide. Fesche Stoff- und Seidenkleider . . . durchweg

27

Jacken-Kostüme in vielen Formen, und eleganten Stoffen, Kostüme aus Cotel in marine, schwarz u. farbig, Sammet-Konfektion . . . durchweg

34

Kostüme in Cutaway- und Russenblusenform — Sammet-Mäntel — Aparte Ball- und Gesellschaftskleider in den vornehmst. Ausführ. durchweg

39

Velours du Nord-Mäntel — Sammet-Paletots — Fesche elegante Kostüme — Elegante Toiletten für Straße und Gesellschaft . . . durchweg

47

Modernste Konfektion in bekannt guten Ausführungen

Kostümröcke in gestreift, engl. gemustert, unifarben, marine, schwarz . . . à 6, 9, 12

Blusen in den apartesten Stoffen, entzückend verarbeitet à 5, 8, 11

Eigenes Atelier für tadellose Abänderungen. :: Keine Ladenmiete, daher die billigen Preise.

Es ist erwiesen

und allerseits anerkannt, daß man bei der Firma Josef Spitzer, Langgasse 2, 1. Etage, seinen Bedarf an praktischer und eleganter Damen-Bekleidung vorteilhaft und enorm billig einkauft. Diese Firma hat es zu ihrer vornehmsten Aufgabe gemacht, gute Qualitäten zu führen und dies dafür zu zahlenden Preise angesichts ihrer bekannten billigen Einkäufe und ihrer erheblich kleineren Geschäftsspesen auf das Geringste zu beziffern. Diese Preise sind zur Bequemlichkeit der Käufer auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt, eine Uebervorteilung daher ausgeschlossen. — Die Größen sowohl für korpulente wie schlanke Damen sind in reicher Auswahl vorrätig und bietet diese Firma Garantie für besten Sitz und Haltbarkeit für jedes bei ihr gekaufte Kleidungsstück. — Eigenes Atelier für Abänderungen. — Fachmännische, gewissenhafte und streng reelle Bedienung. Dieses Angebot betrifft nur allerneueste Konfektionsstücke der jetzigen Winter-Mode von tadellosem Sitz, schick und vornehm verarbeitet.

Es sind Stücke dabei, die teilweise den doppelten Wert repräsentieren.

Ein Geheimnis

ist es nicht, denn all unsere Leser wissen es, daß jeder Einkauf in Spitzer's Mode-Bazar für Damen-Bekleidung, Langgasse 2, 1. Etage eine bedeutende Ersparnis an barem Gelde bedeutet!

Mittwoch, den 19. und Sonntag, den 23. d. Mts. sind die Verkaufsräume nur von 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Josef Spitzer nur Langgasse 2 1. Etage.

unsern Ausführungen ganz gewiß nicht. Die soziale Stellung der Ärzte, der Ärzte besten Sachverstand, war der Kern unserer Bemerkung. Dieser Punkt ist speziell für Danzig mit seinem grossen Wohlstand so ungewöhnlich wichtig, daß wir von Herrn Dr. Catoir gerade hierüber gern etwas mehr gehört hätten. Die schwebende Zustimmung zu unserer Ansicht wird anscheinend durch seine Bemerkung unseres Standpunktes zur freien Arztwahl, den wir in unserem Bericht nicht einmal gestreift haben, mindestens stark eingeschränkt.

Der von uns geforderten Betätigung der Arbeiter in der Armenpflege, die in Danzig leider noch ganz unbekannt ist, widerspricht Herr Dr. Catoir ebenfalls nicht. Er scheint also auch damit einverstanden zu sein. Als sozialer Mann hätte er sich aber wohl auch dazu etwas deutlicher äussern müssen. Einmal schon deshalb, weil diejenigen, die solchen Reformen widerstreben, seine Stimme etwas mehr beachten dürften. Dann sollte es doch aber selbstverständlich sein, daß jemand, der die Armenunterstützung ernstlich aus der Erniedrigung des Almosenpendens herausheben will, mit ihrer demokratischen Beeinflussung beginnen muß. Wer auch die Wohlfahrtsarbeit der Armen achten will, der darf sie nicht zu bloßen Objekten der kommunalen „Wohltätigkeit“ werden lassen. Er muß vielmehr mit ganzer Kraft dafür streben, daß die Arbeiterkraft in der Armenpflege ein Feld zur Betätigung kommunaler Selbstverwaltung erhält, das ja selbst das schändliche Treiben der Armenpflege nicht ausschließt.

Wir bleiben ferner dabei, daß auch die von Herrn Dr. Catoir in seinem Schreiben wieder unterrichtete Niedrigkeit der Danziger Armenunterstützung nicht möglich wäre, wenn Arbeiter dabei mitwirken könnten.

In der Hauptsache ist das Schreiben des Herrn Dr. Catoir eine Chrenrettung für den Stadtrat Dr. Ewert, den Deputierten des Armenamts, in dem es nicht den Verantwortlichen für die ungenügende Danziger Armenunterstützung sehen will. Zur Beurteilung des persönlichen Wirkens des Stadtrats scheinen uns die Ausführungen über seine Stellung zur Landbeschaffung für Arme und die Betonung, daß ein Geber mit der offenen Hand mehr Dank findet, wenig ausfüllend. Für uns ist der Umstand, daß die reichlichere Unterstützung mehr Lob erhält, ebenso wenig ausschlaggebend, wie die soziale Wirken des Herrn Dr. Catoir bestimmen wird. Auch dürfte es gar zu pessimistisch geurteilt sein, wenn Herr Dr. Catoir rechtswegs meint, daß auch die Erfolge der Hygiene nicht die Anerkennung finden, die ihnen zukommen, die Stellung der Junggelehrten ist dafür doch sicher kein Beweis. Ihre Ablehnung der Jünglinge beruht doch sicher nicht auf einer grundsätzlichen Wertung der Bedeutung, sondern auf einer hohen Einschätzung der Hygiene.

Die Tatsache, daß jemand die Armen, wie Dr. Ewert, mit Gleichgültigkeit behaftigen möchte, und für sie Arbeit vermitteln will, schließt doch keineswegs aus, daß er für eine absolut ungenügende Bemessung der Armenunterstützung ist! Diese Tatsache, daß die Unterstützung noch immer niedrig ist, bestätigt doch Herr Dr. Catoir selbst. Er wird uns auch zugeben müssen, daß die direkte Armenunterstützung, sei es durch Naturalien oder Geld, häufig die einzige Hilfe für Arme in den Großstädten mögliche Form der Hilfe ist. Darum wird die Ansicht über die Höhe der Leistungen für das soziale Wohl eines Mannes nicht etwa nebensächlich, sondern sogar von entscheidender Bedeutung sein! Gewiß liegt es am Systeme der Kommunalverwaltung, die die Armen den gegen sie interessierten Besitzenden unterstellt, daß die Armenunterstützung allgemein niedrig ist. Wir können aber gerechter Weise doch mit dem das persönliche Wirken eines Mannes von der Verantwortung des Stadtrats Ewert höher einschätzen, wenn er dem System widerstrebt und seine ungünstigen Wirkungen bekämpft. Nach dieser Richtung arbeitet Stadtrat Dr. Ewert aber nicht! Er trat sogar als Ankläger gegen die bisherige Armenpraxis auf, der er vorwarf, daß sie noch zu viel gegeben habe! Auf seine persönliche Einwirkung wurden allein in diesem Jahre die Kosten der Armenpflege, darunter sogar die für Milch an Kranke und Schwache, um 60 000 Mark herabgesetzt! Sogar Hirsch-Dumfriesche, so zum Beispiel der Stadtrat Cordate Nitz, haben in der Stadtratsordnungsversammlung Klage über die harte Praxis des Stadtrats Dr. Ewert geäußert. Es ist auch bekannt, daß selbst bürgerliche Vertreter und Mitglieder von Armenkommissionen ihre Bemerkungen niederklegten, weil sie die Zusammenhänge des Stadtrats Dr. Ewert für unverantwortlich hielten.

Hiernach können wir unseren streng sachlichen Standpunkt gegenüber dem Deputierten des Armenamts auch trotz der Einwendungen des Herrn Dr. Catoir nicht ändern. Gerade weil wir mit ihm die Meinung teilen, daß die Armenunterstützung nicht ein bloßes Hungerrelief sein darf, sondern sozial wieder aufzurichten soll, müssen wir bei unserer wohlbegründeten Ueberzeugung bleiben.

Wir haben in unserem Bericht nicht gesagt, daß Herr Dr. Catoir seine Ausführungen als Beurteilung der Armenpraxis des Stadtrats Dr. Ewert ausgelegt wissen wollte oder sich so ausgesprochen habe. Aber die Tatsachen haben doch ihre eigene innere Konsequenz, und abhängig von dem Willen dessen, der sie mitteilt. In diesem Sinne bezeichneten wir die wertvollen Ausführungen des Arztes als seine Beurteilung und sehen sie heute noch genau so an. Wir können nur bedauern, daß er in dieser Beurteilung nicht mit uns zu gehen vermag.

Dr. Catoir macht uns am Schlusse seines Briefes noch aus dem Programmforderung auf Sozialisierung der Gesellschaft einen Vorwurf und erblickt darin das Ende der persönlichen Freiheit. In einem Arbeiterblatt lange Ausführungen über die „Freiheit“ des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft zu machen, erübrigt sich, denn jeder unserer Leser hat diese „Freiheit“ praktisch kennen gelernt. Was es darum mit einigen Bemerkungen über die Stellung der bürgerlichen Intelligenz zum Sozialismus sein Bewenden haben.

Unsere Partei will — das ist der Ausgangspunkt unserer ganzen Bestrebungen — an Stelle der Warenproduktion die Produktion für den Gebrauch und an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln das gesellschaftliche Eigentum der Produktionsmittel setzen. Heute werden nicht Stiefel gemacht und Brote gebacken, damit die Menschen warme Stühle und volle Mägen bekommen. Nein, Stiefel und Brote sollen dem, der sie erzeugen läßt, Geld, klingenden Profit, einbringen. Häuser baut man nicht, damit Menschen in ihnen wohnen, sondern die Häuser sollen verkauft und vermietet werden, sollen Geld heften. Um den Profit dreht sich die ganze bürgerliche Weltanschauung. Ihn zu erreichen, scheut der Kapitalist kein Mittel. Er beutet den Arbeiter aus, ruiniert den Konkurrenten, betrübt den Staat, zettelt Kriege an und verübt tausend andere Schrecklichkeiten. Daß die sozialistische Idee die höhere Kulturform darstellt, ist ohne weiteres ersichtlich und das geben die meisten Gegner zu. Auch Herr Dr. Catoir wird das nicht leugnen wollen. „Aber“, sagen die Gegner, „auch wenn die Produktionsmittel *) in den Besitz der Gesamtheit übergehen, ist damit nichts gebessert. Die Gesellschaft kann gar nicht so viel Werte schaffen, um allen Menschen ein auskömmliches Dasein zu bereiten. Und wenn alles in den Besitz des Staates übergeht, wird das Volk nur noch mehr geknebelt werden, als dies heute der Fall ist.“ Weder eins noch das andere trifft in Wirklichkeit zu. Zur Zeit ist erst ein kleiner Bruchteil der anbaufähigen Erdoberfläche in Benutzung genommen. Der größere Teil der Naturkräfte wird entweder gar nicht ausgenutzt oder planlos vergeudet. Das alles würde der Sozialismus ändern. Er würde die Produktion regeln und ausdehnen. Für jeden würde Brot genug da sein. Was den „Zuchthausstaat“ anbetrifft, so darf nicht übersehen werden, daß der sozialistische Staat von dem heutigen Himmelweit verschieden sein wird. In jedem bürgerlichen Staat, der Organisation der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der unterdrückten Klasse, sind die Vertreter des Staates, die Beamten, regierende und bevormundende Organe. Im sozialistischen Staat, der organisierten Gemeinschaft der Gleichen, und darum auch Freien, werden sie lediglich vor allem die Befugnis haben, denn der sozialistische Staat wird im weitesten Sinne demokratisch sein. Er wird keine „Untertanen“ kennen, sondern nur vollkommen gleichwertige Menschen. Nicht herabdrücken will also der Sozialismus, sondern emporheben. Aus den Tiefen der Unkultur und der Unwissenheit die großen Volkschichten emporheben zum Lichte wahren Menschentums. Arbeitet nicht heute schon jeder wirkliche Volksfreund für die Gesamtheit? Der Forscher, der im Laboratorium experimentiert, der Ingenieur, der eine Maschine konstruiert, der Schriftsteller, der Lehrer, der Arzt, treibt sie alle nicht die Hingabe für die große Sache der Menschheit zu ihrer Arbeit? Und da sollte es eine Schande für sie sein, wenn die Gesamtheit, für die sie ihre Hirnzellen verbrauchen, ihnen die

*) Produktion heißt erzeugen. Produktionsmittel sind z. B. Fabriken, Kohlen, Bergwerke, Schiffe, Grund und Boden, Eisenbahnen. Red. d. Volksrecht.

Sorge um die Existenz abnehmen? Sollte es die Knechtung der Intelligenz bedeuten, wenn sie ihren Lebensunterhalt von der Gesellschaft, statt von ihren einzelnen Mitgliedern, erhielte? Wo ist denn die „Freiheit der Persönlichkeit“ im heutigen Staat? Hat nicht der Kapitalismus längst auch die Wissenschaft von sich abhängig gemacht? Dr. Catoir kennt ebenso gut wie wir die Tatsache, daß die Herstellung und der Verkauf von Heilmitteln zu einem Wucherergeschäft schlimmster Art geworden sind. Sollen wir hier die Geschichte von Ebelshaus erzählen? Sollen wir daran erinnern, daß in den bürgerlichen Zeitungen jeden Tag im Zeitteil bezahlte Inserate zu finden sind, in denen Ärzte und Professoren im Gewande wissenschaftlicher Aufsätze Reklame für Heilmittel machen, weil sie für diese Aufsätze Bezahlung erhalten? Wir glauben, daß auch diese Ärzte das Gefühl haben, daß sie sich prostituieren, aber sie brauchen das liebe Geld, weil sie ohne dieses in der bürgerlichen Gesellschaft nicht existieren können. In Berlin, Charlottenburg und anderen Großstädten gibt es Hunderte von Ärzten, die ihre Studien gemacht haben und nun auf Praxis warten. Wir erinnern uns, daß vor einigen Jahren ein Artikel die Kunde durch die deutsche Presse machte, in dem ziffernmäßig festgestellt wurde, daß in Berlin Ärzte mit einem Einkommen von weniger als 500 Mark jährlich vorkämen. Und aus dem platten Lande sind große Bezirke vorhanden, in denen Ärzte drängen sehen. Wäre es da nicht für Patienten wie für Ärzte besser, wenn die Ärzte Staats- oder Gemeindebeamte wären? Empfinden übrigens die Geistes- oder Richter ihre feste Anstellung als Herabwürdigung oder Knechtung? Für die Seelen sorgt der Staat und für die Gesundheit der Körper soll er nicht sorgen? Alles in allem, Herr Dr. Catoir: wir Sozialdemokraten sind nicht solche Bananen, um nur ein Tüpfelchen von Freiheit und Kultur opfern zu wollen. Wir werden auch wirklich nicht in den Vorbeerbahnen der Kunst und der Wissenschaft Kartoffelplantagen anlegen. Und weil wir wissen, daß die kapitalistische Entwicklung nicht still steht, und weil sich die bürgerliche Intelligenz nicht den Fesseln des Mammonismus zu entziehen vermag, muß ein Tag kommen, an dem die Vertreter der Wissenschaft sich samt und sonders freiwillig in die Proletarierbataillone einreihen. Schon sind viele Männer, deren Namen in der Gelehrtenwelt guten Klang haben, zu uns gekommen. Auch das Gros wird folgen, weil jeder Tag die heutigen Zustände unhaltbarer macht. Keine papierenen Mauern von Gesetzesbeschlüssen und keine Kruppschen Feldhaubizen vermögen die Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Lebens aufzuhalten. Für den Sozialismus, das ist das gemeinsame Eintreten Aller für Alle im Kampf ums Dasein, wirkt diese Entwicklung. Und für die Demokratie, die Unterwürigkeit und Knechtlichkeit mit dem gesamten Privilegiengesindel zum Teufel jagen und an ihrer Stelle einen Volksstaat von gleichwertigen und gleichberechtigten Menschen aufbauen wird.

Aus Westpreußen.

Pferdegeldsegen.

Den Agrariern muß es glänzend gehen. Aus ihren Kreisen, die bisher immer über die „Not der Landwirtschaft“ gejammert haben, kommen Stimmen der „Friedenheit und Freude an die Öffentlichkeit.“ Sagt doch schon der soeben erschienene Jahresbericht der westpreussischen Landwirtschaftskammer:

Dank der wirtschaftlichen Konjunktur sind Zwangsversteigerungen sehr selten, zumal bei dem Großgrundbesitz.

Dem Großgrundbesitz geht es also besonders gut. Er wird ja auch mit staatlichen Liebesgaben geradezu überfüttert. Große Freude herrscht in den Kreisen der Remontezüchter; ihnen hat die letzte Hörterverfäkung einen wahren Geldsegen gebracht, wie sie selbst eingestehen. So wird der konservativen Elbinger Zeitung geschrieben:

Die bei uns im Osten der Monarchie vorgenommenen Ankäufe von vollwertigen Pferden, die der sehr erheblich gesteigerte Pferdebedarf der Heeresverwaltung notwendig gemacht hat, sind in der Hauptsache beendet. Sie haben im allgemeinen für den Pferdezüchter und Pferdebesitzer, der Pferde zum Verkauf stellte, ein recht erfreuliches Ergebnis gezeitigt. Da die Ankaufskommissionen in unsern Hauptpferdeprovinzen eine sehr große Anzahl Pferde erwerben mußten, so war die Folge, daß manchem Besitzer, der bisher noch niemals Remonten verkauft hatte, fast der ganze vorgelegte Pferdebestand abgenommen wurde. Da außerdem gute Preise gezahlt worden

Kleines Feuilleton.

Ein Bild vom Mittelalter.

Das Land, das war ein Kokosbaum,
Das Volk ein dummes Sklave;
Der König lag im wachen Traum,
Wenn er nicht lag im Schlafe.

Und tat ihn Hunger oder Durst
Empor zu wachen rufen,
So war das Volk ein Herr Hanswurst
Und mußte Rüsse schlucken.

Und wenn man Rüsse weit und breit
Hörbaefallen waren,
So daß die liebe Götterlichkeit
Höran, wie Krähenscharren.

Der König lag die Milch heraus
Aus all den tausend Kühen,
Und tat nach jedem schweren Strich
Nais Neu die Augen schließen.

Die liebe Götterlichkeit tar lächelnd
Der Rüsse Milch durchsehen,
Und scherzte von Himmel und Höl
Um gute Saum erklären.

„Dein Weib ist ein Kaval,
Die Finken hebt Du oben,
So mehr über unten Schmerz und Qual,
So mehr Ertrinken droben!“

Das liebe Kreuz, woran dich hier
Ein trüb Gesicht geschnitten,
Wird auch im Himmelreich von Dir
Als Ordensschmuck getragen!“

Das Volk ward Lyr, und ganz und gar,
„Sitz es nicht mit zum Wochle?“
Wenn sich kein Hund verhanden war
Erhielt die leere Schale.

Und baute doch gedünnt den Baum
Mit eigenem Schwanz und Blute,
Und harte doch wie im Wahnraum:
Es leb' der Färlit, der gute!

Friedrich Hebbel

Kurzweilige Geschichten.

Die wärmsten Handschuhe. Ein paar Bürger sahen einst den Gouverneur ihrer Provinz, der sie ziemlich durch Abgaben schröpfte, im Winter mit bloßen Händen reiten. Einer von ihnen wunderte sich, daß der gestrenge Herr bei so kaltem Wetter ohne Handschuhe reite. „Er, wie können ihm denn die Hände frieren?“ versetzte der andere, „er hat sie ja beständig in unsem Taschen.“

Alteutsche Vertheid. Rudolph, Graf von Sulz und Landvoigt zu Hagenau vermählte sich im Jahre 1605 mit Agathe, verwitweten Gräfin von Hanau, und stellte folgende, mit gewissenhafter Treue kopierte Urkunde aus:

„Ich Rudolph, Graf zu Sulz, verprügel bei meiner grävlichen Ehre, oder der Th soll mich holen! daß ich meine künftige Gemahlin bei der Religion bleiben lassen will, auch im wenigsten zum Abfall keinen Anlaß geben will. Ich hab droben zwei Buben, hat sie nicht genug daran, so will ich ihr noch zwei kaufen, sie lese nur fleißig und tapfer darin. Zudem nenn ich ihren Leib und nicht ihre Seele. Ich bleib bei meiner Religion, darin ich von Jugend auf erzogen bin. Ich weiß, daß ich auf der rechten Bahn bin. Will sie nicht in den Himmel, so fahr sie in die Höl!“

Der Weg zur Ehre. Ein vom Hofe mit Gunstbegünstigungen überhäufte Edelmann rühmte sich, daß er keinen Schritt darum actan habe. „Beflord hat Recht.“ sagte eine Tame. „Frieden heißt nicht schreiten.“

Der trüßige Grund. Es begegnete jemand einem Bauer mit einem sehr modernen Hunde. „Warum steht der Hund so erbärmlich da?“ fragte er den Bauer.

„Ne trüß nicht!“ war die Antwort.
„Warum trüß er denn nichts?“
„Mer gähn n' nicht!“
„Aber mein Gott, warum geht ihr denn dem armen Tiere nichts?“
„Mer hon nicht!“ (Aus der Lese.)

Naß und Fern.

Ein brennendes Schiff im Sturm. Aus Queenstown wird gemeldet, daß dort die Na Fridt eintraf, daß der große Londoner Dampfer So well, der von Havanna nach Havre mit einer Ladung von Baumwolle im Werte von über vier Millionen Mark unterwegs war, zwölf Tage nach seiner Ausrufe von Havanna auf hoher See während eines furchtbaren Sturmes Feuer fing. Die Mannschaft arbeitete Tag und Nacht, und es gelang schließlich, das Feuer auf den Vordertheil des Schiffes zu beschränken, so daß es nicht auf den hinteren Teil übergriff; aber plötzlich explodierte ein Teil der Maschinenanlage, so daß es unmöglich wurde, den Dampfer weiter im Laufe zu halten. Er wurde von den hochgehenden Wellen hin und her geschleudert, und die Matrosen erwarteten, daß sie jeden

Augenblick mit dem Schiffe zugrunde gehen werden. Schließlich gelang es jedoch, so große Mengen Wasser in den Vordertheil des Schiffes hineinzulassen, daß das Feuer gänzlich gelöscht werden konnte. Die Maschinen wurden notdürftig repariert, und unter unfähigen Mähen vermochten die Matrosen das Schiff nach Halifax zu schleppen, wo es vollständig repariert werden muß. Der größte Teil der Ladung wurde vernichtet; die meisten Matrosen haben Brandwunden erlitten.

Erdbeben in Südamerika. Aus der Republik Peru kommen Nachrichten über neue Erdbeben. Die schlimmsten Befürchtungen scheinen jedoch von den tatsächlichen Verhältnissen noch übertrifft zu werden. Mit Hilfe von Regierungstruppen werden auf dem Erdbebengebiete die Aufräumungsarbeiten fieberhaft fortgesetzt, da es gelungen ist, einige Lebende zu bergen. Aber die Zahl der Toten ist so groß, daß ganze Ortschaften entvölkert sind. Das Beben schloß gleich zu heftig ein, daß die leicht gebauten Häuser fast unmittelbar nach den ersten Stößen einstürzten. Viele der Einwohner wurden in ihren Betten liegend begraben. Infolge der großen Entfernungen zwischen den einzelnen Orten und da die Telegraphenlinien durcheinander zerstört sind, liegen aus den abseits gelegenen Ortschaften noch keine Nachrichten vor, die genauen Aufschluß über die Zahl der Opfer geben könnten.

Furchtbare Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. In der Nähe von Clayton im Staate Alabama ist ein Zug der Central-Georgia-Eisenbahn von einer Brücke abgestürzt. Dabei wurden 20 Personen sofort getötet und 250 verletzt. In dem Zuge befanden sich zahlreiche Schausteller, die zum Jahrmarkt fahren wollten.

30 Frachtdampfer untergegangen. Die letzten großen Stürme im kanadischen Seegebiet haben furchtbare Opfer gefordert. Dreißig Frachtdampfer sind untergegangen und 279 Mann der Besatzungen werden vermißt. Unter den verlorenen Schiffen befindet sich auch der große Frachtdampfer James Carruther, der mit 32 Mann an Bord kenterte und unterging.

Fortwährend treffen neue Unglücksmeldungen ein, so daß sich augenblicklich noch gar nicht übersehen läßt, wieviel Opfer die Stürme gefordert haben. Der Materialschaden ist unberechenbar.

Eine ungeheuerliche Schandtat. Das Geheimnis, das um das Schicksal der beim Austausch der beiderseitigen Gefangenen fehlenden bulgarischen Soldaten schwebte, löst sich allmählich. Es ist jetzt festgestellt worden, daß achtzig gefesselte Soldaten, die auf dem griechischen Dampfer Pelope nach Saloniki eingeschifft worden waren, um angeblich in Quarantäne gelegt zu werden, während der Fahrt auf Befehl des Kapitäns ins Meer geworfen worden sind. Elf andere Soldaten, ebenfalls Gefangene, die sich an Bord des gleichen Dampfers befanden, sind nach den schrecklichsten Martern getötet worden. Dies ist vor den Augen einiger Passagiere geschehen.

And, so herrsche bei den von diesem Pferdegelegen betroffenen Landwirten um so mehr Freude, als sie nun noch die nicht unerheblichen Futterkosten für den Winter sparen.

Unter diesen Umständen wird in agrarischen Kreisen wohl bald wieder eine „nationale Begeisterung“ für eine neue Heeresvorlage losbrechen. Der Pferdegelegen ist geeignet, sehr anregend auf die „nationale Gesinnung“ zu wirken.

Danzig.

Gibt es in Danzig keine Bautenkontrolle?

Ist es schon im allgemeinen ärgerlich, wenn man bei Rundgängen durch die Stadt beobachten muß, wie oft die Unfallverhütungsvorschriften mit Füßen getreten werden, so wirkt es direkt empörend, wenn dergleichen wochenlang bei öffentlichen Bauten geschieht, ohne daß eine der dazu berufenen Stellen dagegen einschreitet. Zur Zeit wird an der Ecke Pöggendorfer und Thonischer Weg ein größeres Gebäude aufgeführt, das, wie man uns sagte, das Familiengebäude einer Infanteriekaserne ist. Das Haus ist im besten Begriff, unter Dach gebracht zu werden, ohne daß die Unternehmer auch nur das winzigste Schutzgerüst hätten aufstellen lassen. Am Freitag nachmittag beobachteten wir mehrere Maurer, die etwa in einer Höhe von 14 Metern über dem Erdboden völlig frei auf einigen Mauerstümpfen hockten und die Ecken aufmauerten. Ein solches Spiel mit Menschenleben ist unverantwortlich. Und daß die Berufsgenossenschaft dergleichen duldet, daß kein Schutzmännchen eine Anzeige macht — es waren doch unlängst bei der blutigen Verhaftung des Monteurs so viele an dieser Stelle versammelt! — und daß keine Gewerbeinspektion etwas dagegen unternimmt, stellt kein Ruhmesblatt für die Behörden dar. Wenn erst ein Arbeiter zum Krüppel geworden ist, kann das Gerüst nichts mehr helfen. Warum also nicht bei Zeiten vorbeugen?

Der makellos triumphierende Ende.

Der wirkliche Herr des Schicksals eines sehr großen Teiles der Danziger Gastwirtschaften, der Stellenvermittler E n d e, hatte mit uns unlängst eine ergötzliche Auseinandersetzung. Am 1. November teilten wir mit, daß er unter anderem auch schon gerichtlich wegen Gebührenüberhebung zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Haft verurteilt sei. Am 5. November schickte E. uns einen sehr selbstbewußten Brief, in dem er drohte, wir sollten es nicht wieder wagen, ihn so un wahr anzugreifen. Er sei noch nicht wegen Gebührenüberhebung bestraft und stehe in dieser Hinsicht makellos da. Ende hatte dabei nur die Kleinigkeit übersehen, daß er, als unser Artikel erschien, tatsächlich in der behaupteten Art bestraft war. Erst am 3. November war er von der Strafkammer in für Sachkenner unverständlicher Art freigesprochen. Aber E n d e hatte sogar vergessen, daß er bereits eine weitere gerichtliche Vorladung in der Tasche hatte, um sich erneut wegen Gebührenüberhebung zu verantworten! Er benützte sogar die Gunst der Stunde, um gegen den Genossen Schröder sofort eine Privatklage wegen Beleidigung einzuleiten! Er wartete nicht einmal den neuen gegen ihn zum 15. November anberaumten gerichtlichen Termin ab. Wir meinen, E n d e hätte viel klüger gehandelt, wenn er nicht so vorzeitig gewesen wäre, schon damit er seine energisch betonte Makellosigkeit hinsichtlich der Gebührenüberhebung besser übersehen konnte.

Vor das Schöffengericht kam er, weil er dem Kellner K. für eine Vermittlung für den Ostseebad in Joppot im April 3 mal 5 Mark abgenommen haben soll. E n d e bestritt diese Anklage. Er verzagte dabei wieder ganz, daß er uns schriftlich versichert hatte, er mache keinen Unterschied zwischen sozialistisch und freiheitlich denkenden Kellnern. Vor Gericht behauptete er zu seiner Verteidigung, daß es sich in der Anzeige um eine Denunziation des Deutschen Kellner-Bundes und des „sozialdemokratischen“ Gastwirtschaftlichen-Bundes handele, die seine Existenz vernichten wollten.

Das Gericht ließ sich aber hierdurch nicht beirren. Es sah das Vergehen des E n d e für erwiesen an und reparierte seine Makellosigkeit nach dem Antrage des Anwalts durch die erneute Verurteilung zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tage Haft!

Uebrigens sind wir gerecht genug, auch die Mühsale des schweren Berufes des E n d e richtig zu würdigen. Er hat auch Beschwerden zu überwinden. Es sind das wohl in der Hauptsache solche, die nach seiner Behauptung verursacht werden, wenn er die Kellner zart zur Tugend mahnt. Um seine dadurch angestrengten Nerven wieder zu beruhigen, besucht er auch die Rennbahnen. So hatte er auch im Juli dieses Jahres eine Auffrischung nötig. Leider wette er dabei und hatte erheblich Pech. Nun zeigte sich sofort, in welcher vertraulichen Verhältnis er zu den Kellnern, die auf seine Vermittlung angeworben sind, steht. Er pumpt einige mit der offenen Erklärung an, daß er Weltverluste gehabt habe.

In dieser Lebenswürdigkeit kann selbstverständlich niemand etwas Anerkennung oder auch Bedenken sehen, denn es ist natürlich absolut ausgeschlossen, daß ein so makelloser Mann wie E n d e diese rein private Verbindung auch nur in die entfernteste Beziehung zur Arbeitsvermittlung oder Gebührenzahlung bringen könnte.

Erster volkstümlicher Kunstabend.

Zielbewußt arbeitet unser Bildungsausschuß darauf hin, immer neue Gebiete der Kunst und der künstlerischen Betätigung der Arbeiterschaft zu erschließen. Das ist bei den besonderen Danziger Verhältnissen sehr viel schwieriger, als an anderen Orten. Trotzdem ist dem Wirken des Ausschusses nicht der Erfolg versagt geblieben.

Im vorigen Jahre konnten der Arbeiterschaft im Wilhelmtheater und in diesem Jahre auch im Stadtheater eigene Vorstellungen geboten werden. Jetzt ist es möglich geworden, einen der Musik und der Dichtung gewidmeten Kunstabend zu arrangieren. Als Lokal steht der große Saal des Gewerbehäuses zur Verfügung. Es ist damit für die Darbietungen des Abends ein für Danzig sehr würdiger Rahmen geschaffen.

Mitwirkende sind die Vortragskünstlerin Fräulein Eilfeld aus Essen und zwei erstklassige hiesige Solisten für Musik. Der Kunstabend findet am Sonnabend, den 6. Dezember, von 8 Uhr abends ab, statt. Es mag vielleicht etwas ungewöhnlich scheinen, daß für die Veranstaltung ein Sonnabend gewählt wurde. Gerade dieser Tag dürfte aber für die Wirkung des Gebotenen sehr günstig sein, weil sich dann niemand den Genuß durch Rücksichten auf die Arbeit des nächsten Tages schmälern lassen darf. Schon jetzt machen wir darauf aufmerksam, daß unbedingt pünktlich um 8 Uhr abends begonnen werden muß. Nähere Mitteilungen über das sorgfältig gewählte Programm behalten wir uns vor.

Die Billets kosten durchweg 50 Pfennige. Sie sind in der Expedition der Volkswacht, Paradiesgasse 32, und im Zigarrengeschäft des Genossen Sellin, Schlüsselbamm 56, zu haben.

Die Genossen, die sich einen Platz sichern wollen, tun gut, das schnellig zu veranlassen. Es stehen leider nur 400 Plätze zur Verfügung, die sehr schnell vergriffen sein dürften.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 45. Woche vom 2. November bis 8. November 1913.

1. Geburten der Vorwoche.			
	lebend	tot	überb.
männlich	57	1	58
weiblich	59	1	60
zusammen	110	2	112
darunter uneheliche Mehrgelburt 14 14			
0 Fälle mit			

Die unehelichen Geburten sind 12,6% die Totgeburten 0,9% der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen 35.			
3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):			
	gestorben überb.	davon u. 1 Jahr	
1. Kindbettfieber	3	—	
2. Scharlach	1	1	
3. Masern und Nöteln	1	—	
4. Diphtherie und Krupp	—	—	
5. Keuchhusten	—	—	
6. Typhus	7	1	
7. Tuberkulose	2	—	
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	10	4	
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	5	4	
10. Gewalttäter Tod	4	—	
11. Alle übrigen Todesursachen	24	6	
zusammen	57	16	
darunter: männlich 31 weiblich 26			

4. Meldungen von Intentionserkrankungen:			
Scharlach 16, Diphtherie und Krupp 6, Unterleibstypus —, Kindbettfieber —, Granulose —,			
5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1293, davon aus Rußland 4, Österreich 15, England 2, Holland 1.			

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:			
	männl.	weibl.	überhaupt
Umgezogene innerhalb der Stadt	533	545	1078
Zugezogene von auswärts	338	293	631
Fortgezogene nach auswärts	324	300	624
darunter einzelstehende Personen männl. 263 weiblich 217			

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet			
betrug die Zahl d. Geborenen einschl. Totgeburt.	32,8 (Vorwoche 31,0)		
betrug die Zahl d. Sterbefälle einschl. Totgeburt.	17,1 (Vorwoche 21,1)		
betrug die Zahl der Eheschließungen	10,3 (Vorwoche 10,7).		

Festhalten!

In Berlin ist ein bürgerlicher Redakteur wegen Beleidigung zu der außergewöhnlich hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Angelegenheit ist eine der üblichen faulen Sumpfblassen, die von Zeit zu Zeit das wahre Aroma der bürgerlichen „Kultur“ offenbaren. Raummangel verbietet uns hier ein weiteres Eingehen auf die Affäre. Festhalten aber müssen wir, daß die Danziger Neueste Nachrichten den Anlaß benutzen, eine Verschärfung des Beleidigungsparagraphen zu fordern. Wörtlich schreiben sie im Hauptblatt der Nummer 269 (15. November 1913):

Seit Jahren will die Regierung bekanntlich die Beleidigungsstrafen verschärfen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir das für durchaus richtig halten. Dann wird es wohl auch möglich sein, einmal jene journalistischen Buschklepper an die Sammelbeine zu bekommen, die aus geschäftlichem Reiz heraus oder aus anderen unläuterer Motiven ihre schmerzliche Feder zu hämischen mehr oder weniger versteckten Angriffen benutzen, die jetzt vielfach nur aus dem Grunde ungesühnt bleiben, weil es bei den heutigen niedrigen Strafmaßen der Mühe nicht lohnt, solche Buschklepper vor das Gericht zu zittern.

Wir wollen für heute nur bemerken, daß nach dem geltenden Recht wegen Beleidigung durch die Presse Geldstrafen bis zu 1500 Mark und Gefängnis bis zu zwei Jahren verhängt werden können. Den Kommentar für ihre Nichtsmöglichkeit werden wir den Neuesten ein andermal auf den Buckel schreiben.

Hirsch-Dundersche und Zentrumschriften.

Wir haben bereits die skandalöse Tatsache mitgeteilt, daß die Hirsch-Dundersche Gewerkschaften im Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse bei der Wahl des Vorstandes gegen die freien Gewerkschaften und für die Zentrumschwärzen stimmen wollen. Dieser Entschluß ist besonders deshalb so unverantwortlich, weil die Schwärzen durch die Stimme der einzigen Gewerkschaften im Vorstande einen Vertreter in mehr als sonst erhalten würden. Dadurch soll den freien Gewerkschaften, die die Mehrheit der Vertreter der Versicherten im Ausschuß besitzen, diese für den Vorstand genommen werden. Zu dieser unglaublichen Selbsterniedrigung läßt sich nicht mehr viel sagen. Soweit das Ehrgefühl der Hirsch-Dunderschen in Frage kommt, hat sich dazu ihr eigener Zentralrat jüngst in aller Deutlichkeit erklärt. Die Schwärzen hatten ihn aufgefordert, sich an dem von ihnen infizierten sogenannten „Dritten Arbeitertag“ zu beteiligen. Diese jesuitische Zumutung schüttelte der Zentralrat durch diese erfreulich deutliche Erklärung ab:

„Obgleich die Deutschen Gewerkschaften an nationaler Gesinnung nicht hinter den christlichen Gewerkschaften zurückstehen, lehnt der Zentralrat die Beteiligung an dem Dritten Arbeitertag in Berlin ab, weil der Ausschuß dieses Arbeitertages die Bedingungen stellte, daß die teilnehmenden Organisationen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen müssen. Wir Gewerkschaften halten es für unwürdig, das Christentum zu Reklamazwecken zu mißbrauchen. Es kommt hinzu, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Parlamenten gezwungen sind, die agrarische Politik des Zentrums und der Konfessionellen mitzumachen und so als Arbeiter wider das Interesse der Arbeiterschaft handeln, indem sie die Politik der künstlichen Lebensmittelerzeugung unterstützen. Da ist es besser, daß die Gewerkschaften ihren Weg allein gehen, bis die Arbeiterschaft in größerer Einmütigkeit erkennt, daß Lebensmittelerzeuger keine wirklichen Freunde der Arbeiter sind, auch wenn sie im Mantel des Christentums erscheinen.“

Wir sind gespannt, ob die hiesigen Hirsch-Dunderschen nunmehr der Aufforderung ihres Zentralrates zur Wahrung der eigenen Ehre den Lodungen der schwarzen Verteidiger des infamsten Brotwuchers folgen werden.

Die schwarzen Denunzianten können sich in allerchristlichster Bescheidenheit eines „Erfolges“ rühmen. Sie haben sich im Westpreussischen Volksblatt nicht ganz umsonst in der Übung der Tugend gezeigt, die der Volksmund den Denunzianten nachrühmt. Die Polizeibehörde sucht jetzt nach dem — Veranstalter der Jugendversammlung und glaubt darin den Genossen Hahn vermuten zu dürfen.

Die Kriminalpolizei verhaftete auf dem Danziger Hauptbahnhof einen Kellner aus Bochum, der zahlreiche Hoteltschwindereien begangen hat.

Im Hafenskanal stieß am Sonntag nachmittag der Helaer Tourdampfer mit einem Danziger Passagierdampfer zusammen. Menschenleben gerieten nicht in Gefahr. Doch mußte der Danziger Dampfer seine Fahrt aufgeben.

Nach dem städtischen Krankenhaus wurde der Makler Gredl aus Königsberg geschickt, der in Ohra von einem Zigeuner einen Messerstich in den Unterleib erhalten hatte. Der Zigeuner ist flüchtig geworden.

Frauenmilchleber-Versammlung. Donnerstag, den 20. November 1913, abends 8 Uhr, bei Beuxter, Maurerherberge. Tagesordnung: Vortrag der Genossin B e u. Der Vorstand.

Die Abonnenten der Arbeiter-Jugend treffen sich am morgigen Mittwoch (Bußtag), morgens 8 Uhr, vor dem Olivoer Tor zu einer Schnitztag. Vollzähliges pünktliches Erscheinen Ehrensache.

Elbing-Marienburg.

Stadtverordneten-Sitzung vom 14. November.

Obgleich die aus 14 Gegenständen bestehende Tagesordnung eine recht öde Verhandlung erwarten ließ, wußten doch unsere Genossen „Leben in die Ruhe zu bringen“ und die Sitzung recht interessant zu gestalten. Eine gesunde Ueberraschung brachte für viele Stadtväter bereits die Magistratsvorlage, wonach der hier bestehenden Grunderwerbkommission zunächst für die Dauer eines Jahres Generalvollmacht zum Verkauf städtischen Grundbesitzes erteilt werden sollte. Die Zuschlagserteilung der Stadtverordneten-Versammlung sollte ausgeschlossen werden! Hierüber war es bereits in der vorbereitenden Abklärung zu größeren Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und den Vertretern des Magistrats und des Bürgeriums gekommen. Im Plenum trat unser Redner erneut diesem Verlangen des Magistrats entschieden gegenüber und machte die Veranlassung auf die Gefahren und das Ungeheuerliche einer solchen generellen Vollmacht aufmerksam. Er verwies auf den Paragraph 51 der Städteordnung, wonach in jedem Falle die Übertragung von Gemeinde-Grundbesitz der Vorlegung und Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung unterliege. Die Befugnisse verschiedener Herren wurden immer länger, als auch Rechtsanwalt Reminohn in die gleiche Kerbe hieb und die Vorlage mit juristischen Argumenten bekämpfte. Der Logik aller dieser Ausführungen konnte sich dann die Versammlung nicht entziehen. Mit großer Mehrheit ward die Vorlage abgelehnt und dadurch der Verfall einer ein Stück Selbstverwaltungsbewahrt. Auch bei einer anderen Sache mußte der Magistrat eine Niederlage einstecken. Bereits in einer früheren Sitzung wurde über die augenzwinkernde Behandlung der Ortsarmen debattiert und der Magistrat ersucht, mit beiden in Elbing ansässigen Augenärzten in weitere Verhandlungen einzutreten. Der Magistrat jedoch beharrte auf seinem Standpunkt, wonach dem Dr. Rein das Monopol der alleinigen Behandlung der Ortsarmen gesichert werden sollte. Indessen waren die Debatten der vorigen Sitzung an den Herrn Stadtväter nicht spurlos vorüber gegangen. Sie faßten in der heutigen Sitzung den Beschluß, die Pauschallumme bei Ambulanzen auf 1200 Mark und den Satz bei klinischer Behandlung um 1 Mark pro Tag zu erhöhen und beide Verträge zur Behandlung zuzulassen. Hoffentlich werden sich die Folgen dieses Beschlusses in einer humanen Behandlung der Ortsarmen seitens der Ärzte äußern. Zu einer teilweise erregten Aussprache führte ein Antrag unserer Genossen, nach welchem der Magistrat ersucht wird, an die Staatsregierung und den Reichstag eine Eingabe zu richten, in welcher um Schaffung eines Reichs-Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes gebeten wird, wie dies auch seitens verschiedener städtischer Körperschaften bereits geschehen ist. Giftgeschwängert, voll Konkurrenzneid, sprangen die Vertreter des Zentrums auf und offenbarten der Versammlung und der Arbeiterschaft ihre wahre Seele. Wie wir alle die faulen Einwände des Zentrums bereits gewöhnt sind, wenn es sich um soziale Arbeiterforderungen handelt, so vollführte auch der Sekretär der Schwarzen, R i t t e r, seinen demagogischen Eierkuchen. Nach seiner Ansicht liege hier in Elbing noch keine Arbeitslosigkeit vor, die Antragsteller haben keine begründeten Zahlen aufgeführt. Daher wäre der Antrag abzulehnen. Und außer sich vor Freude war der edle „Arbeiterfreund“, als Geheimrat Gronau, ein Scharfmacher reinsten Wassers, erklärte, daß er für den Antrag unserer Genossen nur unter der Bedingung stimmen könne, wenn denselben auch die Forderung eines Arbeitslosen-Schutzgesetzes (Zuchthausgesetz) angefügt würde. Zudehnt und Peitsche. Leider wurde, wie dies ja immer bei Debatten geschieht, die den Arbeiterfeinden unangenehm sind, alsbald ein Schlussantrag angenommen, so daß den Herren vorläufig die gepfeiferte Antwort unserer Genossen erspart blieb. Wie vorauszusehen war, wurde der Antrag unserer Fraktion gegen die Stimmen unserer Vertreter abgelehnt. Die Arbeiter, denen ständig das Gespenst der Arbeitslosigkeit über dem Haupte schwebt, werden ihre Nutzenwendung aus diesem Verhalten ihrer Gegner ziehen und einst gründliche Abrechnung halten.

Schließlich trat die Versammlung in die Diskussion über den Bericht der Städtebereise-Kommission ein, an welcher sich auch unsere Genossen beteiligten. Es will scheinen, als ob nunmehr mit etwas mehr Ernst und Rührigkeit an die Lösung des Klein-Wohnungsproblems herangegangen werden soll. Wir werden sehen. Jedenfalls wird man hierbei die Sozialdemokratie stets auf dem Posten finden.

Die Strandung der Jaroslawna wurde am 17. November

abermals vor dem Königsberger Seeamt verhandelt, nachdem die erste Verhandlung behufs Ladung von Zeugen verlagert worden war. Nach längerer Beratung fällte das Gericht folgenden Spruch: Die am 30. Juni d. J. erfolgte Strandung des Dampfers Jaroslawna an der Seeküste der Frischen Nehrung, zirka vier Kilometer vor Pillau, ist darauf zurückzuführen, daß Kessel und Maschinen infolge Eindringens von Seewasser in den Heizraum verfestigten. Ob das durch das zerbrochene Bullenauge eingedrungene Wasser zu einem Verlöschen des Feuers geführt hat oder ob das Wasser auf andere Weise eingedrungen ist, hat sich mit Sicherheit nicht feststellen lassen. Wenn die Besatzung des Schiffes auch den polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften entsprochen hat, so war es doch Pflicht der Reederei, besser seemannschaft geschultes Personal für das Schiff zu stellen. Auch die Ausrüstung des Schiffes mit Rettungsmitteln hat sich als ungenügend erwiesen. Der Rettungsmannschaft gebührt Anerkennung.

Der Unterricht der Elbinger Fortbildungsschule soll, wie

verlautet, in nächster Zeit auf einen arbeitsfreien Nachmittag verlegt werden. Mehrere Innungen, die bisher für den Abendunterricht waren, haben ihren Standpunkt gewandelt und auch die Firma Komnick hat sich neuerdings für den Nachmittagsunterricht erklärt. So ist die Hoffnung vorhanden, daß die Abendsschule zu existieren aufhört, was im Interesse des Fortschritts nur zu begrüßen ist.

Geborgenes Wrack. Mitte Oktober sank im Frischen Haff zwischen dem Tolkmittler Hafen und dem Kahlberger Leuchtturm der Kurländer Kahn des Schiffers Milbrod. Das Fahrzeug hatte 5000 Zentner Baskohlen an Bord, die es von Pillau nach Elbing bringen sollte. Tolkmittler Fischern ist es dieser Tage gelungen, das gesunkene Schiff zu heben und nach Tolkmitt einzuschleppen.

Danzig-Land.

Wesen von Herrn Meschke. In der Angelegenheit des Polizeigenannten Meschke in Odra werden zurzeit von der Staatsanwaltschaft Ermittlungen vorgenommen. Herr Meschke hat, wohl mit recht schwerem Herzen, wirklich Strafantrag gegen zwei Danziger Genossen gestellt. Allerdings nur wegen einen der Artikel. Die beiden andern Artikel, die wir in dieser Angelegenheit veröffentlicht haben, ließ Herr Meschke vorsichtigerweise aus dem Spiel. Unsere Redaktion wird Gelegenheit nehmen, die von Herrn Meschke „vergebenen“ Artikel der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. Wie denn überhaupt in dieser Affäre der Dessenlichkeit noch manche Ueberredungen hatten. Gewisse Vorgänge in der Ostbahn wie im Polizeigefängnis von Odra sind bisher nicht von uns besprochen, obwohl wir sie mit manchem pikanten Detail seit langem kennen und und mit dem Zeugnis von Augenzeugen belegen können. — Die Zahl der im Odraer Polizeigewahrsam mit Privatarbeiten beschäftigten und vorzeitig aus der Haft entlassenen Personen ist mittlerweile auf 14 gestiegen. In Odra erzählt man sich, Herr Meschke hätte bereits seine Entlassung nehmen wollen. Das gütliche Zureden eines einflussreichen Mannes habe ihn aber veranlaßt, die Absicht aufzugeben. Was an diesem Gerücht wahr oder unwahr ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber das steht fest, daß Herr Meschke gestreiter getan hätte, wenn er nicht geklagt hätte. Denn diesmal wird er einer umfangreichen Beweisaufnahme nicht entgehen können. Und was das bedeutet, weiß Herr Meschke ebenbürtig als wir. Wir haben auch guten Grund zur Annahme, daß einigen anderen Herren in Odra nicht ganz geheuer zu Mute ist.

Zugleich mit dem Korrekturabzug des Lesers weht uns der bekannte günstige Wind ein neues Stückchen aus dem Odraer Polizeigefängnis auf den Schreibtisch. Im vorigen Jahre hatte ein Maurer eine dreitägige Haftstrafe zu verbüßen. Der Mann wurde im Tage von Meschke mit Privatarbeiten beschäftigt und erhielt abends von der Frau Meschke Erlaubnis nach Hause zu gehen. Er hat nicht eine Nacht von den drei Nächten seiner Haftstrafe im Gefängnis zugebracht. Eine so liebenswürdige Kerkermeisterin wie die Frau Meschke in diesem Falle es war, würde jedem Gefangenen zu wünschen sein. Und auch Meschke war nett zu dem jungen Mann und spendierte ihm einhändig eine von den „guten Zigarren“, die in Odra die Polizeibeamten rauchen.

Stuhm-Marienwerder.

Böse Folgen wird eine Affäre für den Arbeiter Theophil Schimanski aus Stuhm haben. Er machte sich anheißig, den trunkenen Arbeiter Jonzen aus Braunsvalde nach Hause zu bringen, hat ihn aber unterwegs mißhandelt und ihm die Uhr und 28 Mark entwendet. Schimanski kam dieser Tat wegen vor die Strafammer in Kolenberg. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis. Das Gericht erklärte sich als unzuständig, da ein vollendeter Strafraub vorliege und verweist die Sache vor das Schwurgericht.

Graudenz-Strasburg.

Höherer Blödsinn.

Im Schützenhauk in Graudenz hielten die Hirsch-Dunderschen eine Versammlung ab, in der ihr Führer Goldschmidt aus Berlin das Thema: 50 Jahre deutscher Arbeiterbewegung behandelte. Ueber die Versammlung bringt der Gesellschaftliche einen Bericht. Demzufolge Herr Goldschmidt u. a. gefagt haben soll:

„Die Sozialdemokratie predigte den Klassenkampf, nur um des Kampfes willen, Dr. Hirsch verlangte Verständigung mit den

Arbeitgebern, und wenn die unmöglich sei, dann erst solle man kämpfen. Den Textarbeitersstreik in Crimmitschau behandelte der Redner als Wendepunkt in der Arbeiterfrage. Die Sozialdemokratie bezeichnete diesen Streit noch als Klassenkampf; die Arbeitgeber aber brachten eine Organisation zustande, und der Kampf endete zum Nachteil der Arbeiter. Von da ab wuchsen die Arbeiterorganisationen, die Sozialdemokratie wendete sich vom Klassenkampf ab und gründete selbst Gewerkschaften, ja diese Gewerkschaften seien sogar bemüht, Tarifverträge nach Möglichkeit ohne Kampf zustande zu bringen. Weder Lassalles noch Marx-Theorien hätten sich erfüllt, im Gegenteil sei sogar eine Demokratisierung des Kapitals eingetreten, (Kittengesellschaften, Genossenschaften usw.)“

Ob Herr Goldschmidt dieses krause Zeug wirklich produziert hat oder ob es der Berichterstatter des Gesellschaftlichen verbrach, muß dahingestellt bleiben. Doch können wir nicht umhin, festzustellen, daß die Ausführungen, wie sie im Gesellschaftlichen wiedergegeben sind, einen geradezu schauerlichen Unsinn darstellen. Niemals hat die Sozialdemokratie den Klassenkampf „um des Kampfes willen“ gepredigt. Ebenso wenig wie dies zutrifft, hat die Sozialdemokratie den Klassenkampf aufgegeben. Der Klassenkampf ist nicht anderes als die Form, in der sich die Entwicklung der Menschheit vollzieht. Klassenkämpfe gab es lange, ehe eine Sozialdemokratie vorhanden war. Und auch wo keine Sozialdemokratie existiert, gibt es Klassenkämpfe. Die sind eben der Geschichte chernes Müß und es liegt nicht im Willen der Sozialdemokratie sie herbeizuführen oder abzuschaffen. Aber stets hat die Sozialdemokratie sich bemüht, dafür zu sorgen, daß die Klassenkämpfe in möglichst friedlichen Formen verlaufen. Ohne die starke sozialdemokratische Bewegung in Deutschland wäre unser Vaterland ebenjowenig von der anarchistischen Seuche verschont geblieben, wie Spanien oder Italien.

Gewerkschaften gründeten die modernen proletarier nicht erst seit den Crimmitschauer Lohnkämpfen. Die Anfänge reichen bis 1841 zurück. Bismarcks Schandgesetz vernichtete die ersten Organisationen nahezu vollständig. Sofort nach seinem Fall aber gingen die Arbeiter von neuem an die Gründung der Verbände. Die Kämpfe in Crimmitschau wurden von organisierten Arbeitern geführt. Auf gleicher Höhe wie dies Geschwafel des Gesellschaftlichen steht die Solhaberei von der „Demokratisierung des Kapitals“. Schlorrenmacher, Landarbeiter und Dienstmädchen sind heute wie vor fünfzig Jahren arme Teufel und die Entwicklung hat die Richtigkeit der Marxschen Theorie längst bestätigt.

Thorn-Kulm-Briesen.

Auch ein „Stellvertreter Gottes“.

Vor acht Tagen bereits teilten wir die in Thorn erfolgte Verurteilung des Sergeanten Schneider von der 5. Kompagnie des 176. Infanterieregiments mit. Jetzt sind Einzelheiten über den Prozeß in die Dessenlichkeit gedrungen. Schneider mußte sich wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, mangelnder Bewusstseinsklärung Untergebener und Diebstahls verantworten. Die Anklage ist auf eine Anzeige des in letzter Zeit viel genannten Musketiers Heger erhoben, der wegen Fahnenflucht, Diebstahls und Hehlerei zu drei Jahren Gefängnis verurteilt ist. Die durch diese Anzeige veranlaßte Untersuchung förderte gegen den Sergeanten Schneider ein sehr umfangreiches Belastungsmaterial zutage. In 164 Fällen legt ihm die Anklage Mißbrauch der Dienstgewalt zur Last. In 74 Fällen hat er Untergebene um bares Geld angeborgt, mitunter sogar mit recht erheblichen Beträgen. In 48 Fällen blieben seine Versuche erfolglos. In weiteren 41 Fällen sandte er Mustertiere nach der Kantine Frühstück holen und ließ sich die kleinen Beträge verauslagen. Ferner hat Schneider die Mannschaften seiner Korporalschaft veranlaßt, für ihn zu einem Geburtstagsgeschenk zu sammeln. Als sie 7,50 Mark zusammengebracht hatten, meinte er, es wäre besser, wenn sie ihm gleich das Geld gäben, was auch geschah. Dann hat der Angeklagte zweimal die Leute, die er auf der Kammer beschäftigten sollte, schlafen lassen. Die Unnahme der Sachen von den zur Reserve entlassenen Mannschaften, ließ Schneider nicht einzeln vornehmen, sondern veranlaßte sie, alles auf einen Haufen zu werfen. In der Kammer, die der Angeklagte nur ein halbes Jahr verwaltete, wurde eine unglaubliche Unordnung vorgefunden. Die

Feststellungen ergaben ganz bedeutende Fehlbeträge in den Beständen. Es fehlen 61 Halsbinden, 39 Feldmützen, 30 Paar Unterhosen, 15 Paar Stiefel, 30 Paar Schnürschuhe usw. Das meiste dürfte durch die unglaubliche Nachlässigkeit des Angeklagten abhanden gekommen sein, doch wurde ihm in acht Fällen nachgewiesen, daß er Gegenstände aus der ihm anvertrauten Kammer verkauft hat. Schneider hat sich noch bemüht, die fehlenden Sachen zu ersetzen, indem er auf eigene Rechnung Sachen aus Graudenz und Berlin kommen ließ. Nach seiner Angabe hat er 375 Mark dafür aufgewandt. Obwohl er von Hause einen erheblichen Zuschuß erhielt, konnte er mit seinem Gelde nicht auskommen, da er über seine Verhältnisse lebte. Er war in vollem Umfange geständig. Der Vertreter der Anklage beleuchtete in scharfer Weise das die Disziplin schädigende Treiben des Angeklagten und beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Solhabereislandes. Der Gerichtshof erkannte auf die überaus gelinde Strafe von 6 Monaten Gefängnis und Degradation. Drei Monate galten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Schneider verzichtete auf das Rechtsmittel der Berufung.

Geschäftliches.

Musik erfreut des Menschen Herz! Was wäre das Weihnachtsfest ohne Sang und Klang? Was gibt einem Familienfeste oft erst die rechte Wärme und Stimmung? Von jung und alt werden stets die lange guter Hausmusik freudig begrüßt werden. Eine reiche Auswahl guter Musik-Instrumente: Violinen, Mandolinen, Gitarren, Bandonions, Akordions (Ziehharmonikas), Fiedeln, Trommeln, Spieluhren, Musik- und Sprechapparate (Grammophone), Musikplatten usw. bietet unsern Lesern der dieser Nummer beigelegte Prospekt der bekannten Firma Georg Bernhardt, Leipzig, Brandenburgerstraße 14/18. Die Anschaffung wird noch dadurch bedeutend erleichtert, daß die bewährten Melodia-Musik-Instrumente gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von 3 Mark an geliefert werden. Reichhaltige Musik-Kataloge versendet die Firma auf Wunsch umsonst und portofrei.



Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Schmutzige Kinder

-kleidchen waschen macht viel Arbeit. Mühe-los dagegen wäscht man diese mit Persil; ebenso auch alle sehr schmutzige Berufskleidung, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur-, Anstreicher-Jacken und Schürzen, sowie sonstige Arbeitsmittel aller Art und zwar ohne jede Zutat von Seife oder sonstiger Waschmittel.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanlen der allbeliebten

Henkel's - Bleich - Soda

Die Welt in Waffen

Unter diesem Titel erscheint ein neues
Lieferungswerk unseres Berliner Partei-
Verlages. Näheres sagt ein Prospekt, der
morgen unserer Zeitung beiliegt.

Achtung!



Hüte, Mützen, Stücke,
Krawatten, Wäsche
in reicher Auswahl zu bekannt
sehr billigen Preisen.

Huthaus London
Nur II. Damm 10.

Nach monatelanger Konfiskation
wieder freigegeben!

Die Nonne

Ein Sittentroman aus dem Kloster-
leben von Denis Diderot.
Wohl der berühmteste kultur-
historische Roman aller Zeiten. Nur
eine Lektüre für gereifte Leser.
Preis 60 Pf.

Zu beziehen durch
Buchhandlung Volkswacht

Auf Kredit

erhält man

Damen-

Kostüme, Ulster, Jacketts
in Samt, Plüsch, Astrachan
u. vornehmen engl. Stoffen
von 15 bis 250 Mk.

Pelz-Garnituren

Herren-

Ulster, Paletots, Anzüge
mit gestreifter Hose etc.
Knaben-Anzüge und Paletots
von 10 bis 85 Mk.

Anzahlung 3,- Mk. an
Wochenrate 1,- Mk. an

Möbel

in jeder Art u. Preislage

im
vornehmen Kredithaus Hc. Pindo Nachf.
Parterre. I., II., III.,
IV. Etage
M. Grau Fahr-
stuhl
Danzig, Holzmärkt 1.

Prachtkatalog gratis und franko.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Frauen-Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 20. Nov. über 1913, abends 8 Uhr, bei
Seuffter, in der Mannherberge.

Tagesordnung:

1. Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung.
Rednerin: Weronika Len.
2. Drückische Arbeiten der nächsten Zeit.
3. Sonstiges.

Wir bitten die Genossinnen aus allen Bezirken um zahl-
reichen Besuch.

Der Vorstand.

Wilhelm Zamory

163
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in
der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Konig.

Unsern werten Abonnenten und Geschäftsfreunden in
Konig zur Nachricht, daß

Herr Hermann Hartung,

Poststaßstraße 4,
die Expedition unserer Volkswacht für Konig übernommen hat.

Expedition der Volkswacht.

3entralbibliothek

zu Danzig
Kostenlose Bücherausgabe
Mittwoch von 7-8 Uhr
Sonabend u. 6-8 1/2 Uhr
abends
Dominikswall 8, Hof 1.